

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
1.	<p>Abteilung 07 Schöneberg</p> <p>Das Landeswahlprogramm der SPD Berlin 2016-2021 soll in vier verschiedenen Aufarbeitungen veröffentlicht werden, so dass es</p> <ul style="list-style-type: none"> • Innerhalb von einer Minute • Innerhalb von 5 Minuten • In voller Länge • In leichter Sprache <p>gelesen werden kann. Alle vier Versionen sollen sowohl als Druckerzeugnisse produziert werden als auch digital/online zur Verfügung stehen.</p> <p>Die Auszüge aus dem Wahlprogramm In der Kurzfassung „Wahlprogramm in 1 Minute“ sollen dabei grafisch so aufbereitet sein, dass sie auch für den Einsatz in den sozialen Medien geeignet sind.</p>	<p><i>erledigt (K)</i> <i>durch tätiges Handeln</i></p>
2.	<p>KDV Treptow-Köpenick</p> <p>Vermeidung der Begriffe sozialer Brennpunkt und Brennpunktschulen im Wahlprogramm</p> <p><i>Zum Beispiel:</i></p> <p>Seite 10, Zeile 1 Streichen „so genannten „Brennpunktschulprogramm“ und ersetzen durch „Bonus-Schulprogramm“</p> <p>Seite 60, Zeile 21 Streichen „sozialen Brennpunkten“ und Ersetzen durch „sozial schwachen Kiezen“</p>	<p>Ablehnung (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
3.	AG Selbst Aktiv Seite 4, Zeile 9 <i>Füge ein:</i> Wir wollen eine Stadt für alle! Deshalb gilt es, in allen Lebensbereichen die gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen. Auch als Bundesland sind wir der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet und werden ihre Umsetzung in Berlin vorantreiben.	Erledigt (K) <i>Auf Seite 103, Zeile 10 ff. steht bereits: Der SPD-geführte Senat hat im Mai 2015 zehn behindertenpolitische Leitlinien zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorgestellt. Wir bekennen uns zu den Leitbildern der Konvention, Inklusion, Partizipation und Selbstbestimmung. Wir werden die Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden weiter vorantreiben und den Bau barrierefreier Wohnungen forcieren. Die Quote der uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbaren Wohnungen werden wir erhöhen.</i>
4.	Kreis 06, Steglitz-Zehlendorf Abteilung 04, Lichterfelde Ost und Süd Seite 4, Zeile 17 <i>Ersetze:</i> Stadt der Vollbeschäftigung <i>durch:</i> Stadt mit höchster Beschäftigungsquote	Ablehnung (K)
5.	Kreis 06, Steglitz-Zehlendorf Abteilung 04, Lichterfelde Ost und Süd Seite 5, Zeile 7 <i>Füge ein:</i> Hierbei werden wir uns dafür einsetzen, Berlin und seine Bezirke als Arbeitgeber in ihrer Vorbildfunktion zu stärken und weiter zu entwickeln.	Erledigt (K) <i>Vorbildfunktion der öffentlichen Hand mehrmals im Programm enthalten, u. a. auf den Seiten 20, 21, 50, 91</i>
6.	Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 6, Zeile 5 <i>Füge ein:</i> Unser gebührenfreies und vielfältiges Bildungsangebot ist ein Standortfaktor für Berlin.“	Annahme (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
7.	<p>Kreis 06, Steglitz-Zehlendorf Abteilung 04, Lichterfelde Ost und Süd Seite 10, Zeile 14 <i>Füge ein:</i> Den Status und die Bezahlung der im Schuldienst Beschäftigten werden wir mit dem Ziel einer Verbesserung aufmerksam untersuchen.</p>	<p>erledigt (K) <i>Passage ist bereits konkreter im Bildungskapitel enthalten, siehe Seite 58: Die Potenziale der einzelnen Schülerinnen und Schüler zu erkennen und zu fördern, darin liegt die besondere Aufgabe in der Grundschule. Diese Leistung der individuellen Förderung erfordert eine angemessene Bezahlung. Wir werden uns deshalb für die Gleichstellung der Grundschullehrkräfte bei der Bezahlung sowie bei der Übernahme von Funktionen mit Lehrkräften aller anderen Schularten stark machen.</i></p>
8.	<p>Kreis 06, Steglitz-Zehlendorf Abteilung 04, Lichterfelde Ost und Süd Seite 12, Zeile 17 <i>Füge ein nach „bei“:</i> ebenso wie das in seiner Vielfalt einmalige Berliner Nachtleben.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>
9.	<p>KDV Reinickendorf Seite 12, Zeile 4 <i>Füge ein:</i> Wir setzen dabei gerade in den Innenstadtbereichen auf eine nachhaltig verträgliche Bebauung, die nicht nur zu sozialverträglichen Mieten führt, sondern das Wohnen auch in guter urbaner Umgebung zulässt.</p>	<p>Erledigt (K) <i>sozialverträgliche Mieten sind mehrmals im Programm erwähnt, u a. im Kapitel Stadtentwicklung und Wohnungspolitik</i></p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
10.	<p>Fachausschuss Umwelt Seite 12, Zeile 18 <i>Füge ein:</i></p> <p>Die zukunftsfähige Stadt</p> <p>Die nachhaltige Stadt ist unser Leitbild. Eine ausgewogene Balance zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozialem wird die Zukunftsfähigkeit der Stadt ermöglicht. Damit wird es uns gelingen, das Wachstum der Stadt so zu gestalten, dass mögliche negative Folgen abgekoppelt werden und die städtische Umwelt bewahrt wird, die eine wichtige Grundlage für eine gute Lebensqualität in der Stadt ist. Daher sind für uns auch die von den Vereinten Nationen beschlossene Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals), wie auch die auf dem Klimagipfel in Paris beschlossenen globalen Klimaziele maßgebend.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: auf Seite 52, Zeile 4</p> <p>Die nachhaltige Stadt ist unser Leitbild. Eine ausgewogene Balance zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozialem wird die Zukunftsfähigkeit der Stadt ermöglicht. Damit wird es uns gelingen, das Wachstum der Stadt so zu gestalten, dass mögliche negative Folgen abgekoppelt werden und die städtische Umwelt bewahrt wird, die eine wichtige Grundlage für eine gute Lebensqualität in der Stadt ist.</p> <p>(K)</p>
11.	<p>Kreis 06, Steglitz-Zehlendorf Abteilung 04, Lichterfelde Ost und Süd Seite 14 <i>Streiche:</i> Zeile 9 bis 14 <i>Passage zur Sicherheit</i></p>	<p>Ablehnung (K)</p>
12.	<p>KDV Mitte Seite 19, Zeile 3 (Passage zu Befristungen und prekären Arbeitsbedingungen) <i>Streiche:</i> sollen in Unternehmen die Ausnahme sein <i>Füge stattdessen ein:</i> sollte es nicht geben</p>	<p>Ablehnung (D)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
13.	<p>Abteilung 091 Wilmersdorf-Südost Seite 20, Zeile 21 <i>Füge ein:</i> Die Fraktion der SPD im künftigen Abgeordnetenhaus wird einen Gesetzesvorschlag einbringen, der die öffentlich-rechtlichen Unternehmen in Landesbesitz zu einer Offenlegung von Nachhaltigkeitsberichten im Rahmen der Jahresabschlüsse verpflichtet. Die für private Kapitalgesellschaften entsprechend der Richtlinie 2014/95 /EU in Gestalt der nationalen Umsetzung durch Bundesgesetz geltenden Regelungen sollen danach vollinhaltlich auch durch die in Landesbesitz befindlichen Unternehmen angewendet werden müssen. Die im Entwurf der nationalen Umsetzung von der Bundesregierung vorgesehene Befreiung von Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten hinsichtlich der Publizitätspflicht wird dabei nicht angewandt.</p>	Ablehnung (K)
14.	<p>KDV Reinickendorf Seite 21, Zeile 29 <i>Füge ein hinter „Transaktionsweg“:</i> Ein größeres Engagement und eine Beteiligung des Landes Berlin an Energieunternehmen in Berlin ist ein richtiger Schritt, unser Ziel ist auch hier den Mehrwert für die Stadt, die Bürgerinnen und Bürger sowie die Beschäftigten zu steigern.</p>	erledigt bei Annahme des Antrages Nr. 85 Steuerungsgruppe Wahlprogramm (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
15.	<p>KDV Reinickendorf Seite 21, Zeile 23</p> <p><i>Streiche:</i> Seite 21, Zeile 24 bis Seite 22, Zeile 6</p> <p><i>Füge stattdessen hinter „bewiesen“ ein:</i> <i>Neue Zwischenüberschrift: Gute Arbeit im öffentlichen Sektor</i></p> <p>Das Land Berlin hat im öffentlichen Dienst, in den öffentlichen Bereichen und Gesellschaften eine Vorbildfunktion für die Umsetzung der Prinzipien der guten Arbeit. Dazu gehört eine Lohnentwicklung, die mit der allgemeinen Entwicklung in Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und den in Berlin steigenden Lebenshaltungskosten mithalten kann. Natürlich müssen wir mit öffentlichen Geldern sorgsam umgehen und dürfen auch weiterhin die Haushaltskonsolidierung nicht gefährden, aber wir müssen Arbeit im öffentlichen Sektor auch attraktiv gestalten. Besonderes Augenmerk legen wir Sozialdemokraten dabei auf die niedrigeren Lohnbereiche, die wir stärker anheben wollen als die höheren. Die Ergebnisse von Tarifverhandlungen für die Angestellten wollen wir unverzüglich auf die Beamtengehälter übertragen.</p> <p>Wir werden keine weiteren Ausgründungen zwecks Tariffucht vornehmen. Dort wo sie stattgefunden haben, muss eine Rückführung in die Muttergesellschaft erfolgen, so dass die Tarifverträge für alle Mitarbeiter / -innen gelten.</p> <p>Im Sinne der guten Arbeit werden wir die Honorarverträge im öffentlichen Bereich, insbes. in den Musikschulen sowie in den Hochschulen und Universitäten zugunsten regulärer Beschäftigungsverhältnisse reduzieren. Auf sachgrundlose Befristungen werden wir verzichten, ebenso weitgehend auf Leiharbeit.</p>	<p><i>erledigt durch Annahme</i> <i>Nr. 17</i> <i>Charlottenburg-Wilmersdorf (K)</i></p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
16.	<p>KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 22 <i>Streiche:</i></p> <p>Zeile 1 bis 5 <i>Wir wollen Ausgründungen aus öffentlichen Betrieben zum Zweck des Lohndumpings vermeiden. Wenn sie aus betrieblichen Gründen stattfinden oder dort wo sie stattgefunden haben, dürfen sie nicht zur Tarifflicht genutzt werden. Wir fordern deshalb die Tarifpartner auf, überführten Arbeitnehmern einen dauerhaften Bestandschutz zu gewähren und für Neueinstellungen verbindliche Tarifvereinbarungen zu verhandeln.</i></p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass Privatisierungen und Ausgründungen aus öffentlichen Betrieben vermieden werden und Maßnahmen zur Rekommunalisierung konsequent verfolgt werden. Wenn Ausgründungen dennoch stattfinden, müssen die Rechte und Ansprüche der ArbeitnehmerInnen durch geeignete, rechtlich bindende und nach Möglichkeit langfristige Vereinbarungen im Vorfeld gesichert werden. Insbesondere ist eine mögliche Tarifflicht sowie generelle Verschlechterungen betrieblicher Entgelte, sonstiger Leistungen und vertraglicher Arbeitsbedingungen gegenüber der ArbeitnehmerInnenschaft zwingend zu verhindern. Dies muss sowohl für bestehende Arbeitsverhältnisse als auch für spätere Neueinstellungen gelten.</p>	<p><i>erledigt durch Annahme Änderungsantrag Nr. 17 Charlottenburg-Wilmersdorf (K)</i></p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
17.	<p>KDV Charlottenburg-Wilmersdorf Seite 22 <i>Streiche:</i> Zeile 1 bis 5</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Wir lehnen Ausgründungen aus öffentlichen Betrieben zum Zwecke der Tarifflicht und des Lohndumpings ab und werden keine weiteren zulassen. Dort, wo sie zu solchen Zwecken stattgefunden haben, setzen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns für eine Rückführung ein.</p>	Annahme (K)
18.	<p>KDV Mitte Seite 22, Zeile 1 bis 5 <i>Streiche:</i> Zeile 1 bis 5 <i>Füge ein:</i> Wir setzen uns weiterhin gegen Lohndumping im öffentlichen Dienst ein. Eine Umwandlung von hauptamtlichen Arbeitsplätzen in Teilzeit- oder Studentische Beschäftigung zum Ziel des Lohndumpings werden wir bekämpfen.</p>	erledigt durch Annahme Änderungsantrag Nr. 17 Charlottenburg-Wilmersdorf (D)
19.	<p>AfA Seite 22 <i>Streiche:</i> Zeile 1 bis 5</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Wir lehnen Ausgründungen aus öffentlichen Betrieben zum Zwecke des Lohndumpings grundsätzlich ab und werden keine weiteren zulassen. Dort, wo sie stattgefunden haben, setzen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns für eine Rückführung ein. Tarifvertragsfreie Zonen im Öffentlichen Dienst und in Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge, auch der mittelbaren, widersprechen sozialdemokratischen Zielvorstellungen und müssen ins Tarifrecht zurückgeführt werden.</p>	erledigt durch Annahme Nr. 17 Charlottenburg-Wilmersdorf (K)

<p>20.</p>	<p>KDV Friedrichshain-Kreuzberg (überwiesen von Antragskommission) Seite 22, Zeile 1 bis 5 <i>Streiche:</i> Zeile 1 bis 5 <i>Füge ein:</i> Tarifflicht bei Ausgründungen aus öffentlichen Betrieben verhindern Die Berliner SPD sieht sich als Garant für eine umfassende Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand. Daher werden wir weiterhin dafür kämpfen, dass Privatisierungen vermieden werden und Maßnahmen zur Rekommunalisierung zuvor bereits privatisierter Landesbetriebe konsequent verfolgt werden.</p> <p>Darüber hinaus werden die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats sowie die Mitglieder der SPD-Abgeordnetenhausfraktion aufgefordert, bei Ausgründungen aus oder dem Verkauf von Betrieben in Landeseigentum oder mit mehrheitlicher Landesbeteiligung die Rechte und Ansprüche der ArbeitnehmerInnen durch geeignete und rechtlich bindende Vereinbarungen zu sichern. Insbesondere ist eine mögliche Tarifflicht sowie generelle Verschlechterungen betrieblicher Entgelte, sonstiger Leistungen und vertraglicher Arbeitsbedingungen gegenüber der ArbeitnehmerInnenschaft zwingend zu verhindern. Hierzu müssen entsprechend verbindliche und nach Möglichkeit langfristige Vertragsbedingungen im Vorfeld einer Ausgründungs- oder Verkaufsmaßnahme mit den jeweiligen VertragspartnerInnen vereinbart werden. Dies muss sowohl für bestehende Arbeitsverhältnisse als auch für spätere Neueinstellungen gelten. Da Ausgründungen häufig im Anschluss an Privatisierungen folgen, sollten Überlegungen zu geeigneten Regelungen bereits vor einer solchen stattfinden, auch, da die öffentliche Hand hier noch die größten Einflussmöglichkeiten hat.</p>	<p><i>erledigt durch Annahme</i> <i>Nr. 17 Charlottenburg-Wilmersdorf</i> (K)</p>
------------	--	--

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
21.	<p>KDV Spandau (überwiesen von Antragskommission) Ergänzung Seite 22, Zeile 8</p> <p>Betriebliche Ausbildung stärken! Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats und des Abgeordneten- hauses werden beauftragt, eine Gesetzesinitiative für eine Ausbildungsgarantie und eine Ausbildungsplatzumlage auf Landesebene zu ergreifen. Die Ausbildungsgarantie gilt ab dem Ausbildungsjahr 2017/2018 und stellt sicher, dass alle jungen Berlinerinnen und Berliner, nachdem sie die Schule verlassen haben, ein verbindliches Angebot für eine Ausbildung oder eine Qualifizierung, die auf einen Berufsabschluss hinführt, erhalten. Die Ausbildungsplatzumlage auf Landesebene wird als Sonderabgabe für alle Berliner Unternehmen ausgestaltet, mit deren Aufkommen jene Betriebe gefördert werden, die ausbilden. Die Umlage soll darüber hinaus wertneutral sein und anfallende Verwaltungskosten dürfen nicht aus dem Aufkommen finanziert werden.</p>	<p><i>erledigt durch Annahme Nr. 31 Fachausschuss Stadt des Wissens und Nr. 32 Annahme in geänderter Fassung des Juso-Antrags (K)</i></p>
22.	<p>QueerSozis Seite 23, Zeile 14 <i>Füge ein:</i> Der SPD geführte Senat von Berlin soll die Aktivitäten und bereits getroffenen Regelungen zur Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), insbesondere unter Berücksichtigung der LGBTI Themen, gemeinsam mit den Gewerkschaften unter Einbindung der Berliner Unternehmen erstellen und einen Aktionsplan zur weiteren Umsetzung anstoßen.</p>	<p><i>erledigt AGG wird bereits auf Seite 94 Zeile 1 – 2 erwähnt (K)</i></p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
23.	<p>AG Selbst Aktiv Seite 23, Zeile 14 <i>Füge ein:</i> Noch immer sind Menschen mit Behinderungen deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als nichtbehinderte Menschen. Arbeit ist ein wesentlicher Schlüssel zur Teilhabe und diese findet nicht in Sonderstrukturen statt. Es muss daher gelingen, den ersten Arbeitsmarkt inklusiv zu gestalten und für Menschen mit Behinderungen zugänglich zu machen.</p> <p>Darüber hinaus muss die berufliche Beratung und Förderung von Menschen mit Behinderungen deutlich verbessert werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es nicht</p> <p>nur in den Arbeitsagenturen, sondern auch den Jobcentern zukünftig Teams zur Vermittlung von Schwerbehinderten gibt. Integrationsfirmen bieten Menschen mit Behinderungen passgenaue Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt und sind damit eine gute Alternative zur Werkstatt für Menschen mit Behinderungen. Ihren Ausbau wollen wir aktiv fördern, ihr Bestehen durch bewusste Vergabe von öffentlichen Aufträgen sichern.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: Noch immer sind Menschen mit Behinderungen deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als nichtbehinderte Menschen. Arbeit ist ein wesentlicher Schlüssel zur Teilhabe und diese findet nicht in Sonderstrukturen statt. Es muss daher gelingen, den ersten Arbeitsmarkt inklusiv zu gestalten und für Menschen mit Behinderungen zugänglich zu machen.</p> <p>(K)</p>
24.	<p>KDV Reinickendorf Seite 25 <i>Streiche:</i> Zeile 1 <i>Wir werden die Beratungen und Betreuungen in der Jugendberufsagentur harmonisieren und optimieren.</i></p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Wir werden die Jugendberufsagentur in allen zwölf Bezirken als jeweilige Außenstelle aufbauen und die Beratungen und Betreuungen dort weiter harmonisieren und optimieren.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: Wir werden die Jugendberufsagentur in allen zwölf Bezirken aufbauen und die Beratungen und Betreuungen dort weiter harmonisieren und optimieren.</p> <p>(K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
25.	Kreis 06, Steglitz-Zehlendorf Abteilung 04, Lichterfelde Ost und Süd Seite 25, Zeile 6 <i>Füge ein:</i> Mit der Jugendberufsagentur haben wir eine effiziente Hilfe im Rahmen einer schlanken Verwaltungsstruktur geschaffen.	Erledigt (K) <i>Jugendberufsagentur mehrmals im Programm erwähnt, u. a. auf den Seiten 5, 25, 61</i>
26.	Fachausschuss Stadt des Wissens Seite 25, Zeile 14 f. <i>Streiche:</i> die eine Ausbildungsquote von mindestens fünf Prozent erfüllen. <i>Füge stattdessen ein:</i> die eine Ausbildungsquote von mindestens zehn Prozent erfüllen.	Ablehnung (K) <i>Anmerkung: Auf der LV-Sitzung am 8.2. wurde abgestimmt, die Passage zur Ausbildungsquote von 10 Prozent auf 5 Prozent zu korrigieren.</i>
27.	Kreis 06, Steglitz-Zehlendorf Abteilung 04, Lichterfelde Ost und Süd Seite 25, Zeile 15 <i>Füge ein nach „eine Ausbildungsquote von mindestens 5 Prozent erfüllen“:</i> Hier werden wir als Arbeitgeber im Land, in den Bezirken und den landeseigenen Unternehmen weiterhin ein gutes Beispiel geben.	erledigt (K) <i>auf Seite 25, Zeile 20 steht bereits: Wir gehen daher mit gutem Beispiel voran. Schon heute haben wir eine Übernahmegarantie für alle guten und befriedigenden Auszubildenden in der Verwaltung umgesetzt und bieten den ausreichend benoteten Auszubildenden eine zweite Chance.</i>
28.	KDV Reinickendorf Seite 25 Zeile 19 <i>Füge ein hinter „erreichen“: (bezieht sich auf Erhöhung der dualen Ausbildungsquote)</i> Wir werden dazu gemeinsam mit Brandenburg eine Bundesratsinitiative starten.	Ablehnung (K)
29.	KDV Reinickendorf Seite 25 Zeile 20 <i>Füge ein hinter „voran“:</i> Wir haben bereits die Ausbildungskapazität im öffentlichen Dienst erhöht und werden dies verstärkt fortsetzen.	Ablehnung (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
30.	<p>AG Selbst Aktiv Seite 25, Zeile 6 <i>Füge ein:</i> Die SPD Berlin setzt sich weiterhin dafür ein, dass in das Angebot der Berliner Jugendberufsagenturen (JBA) sämtliche Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Jugendliche mit Behinderungen aufgenommen werden. Dazu gehören auch Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, wenn spezifische Rehabilitations- oder Förderbedarfe festgestellt werden sollten.</p>	<p>Annahme in Neufassung Steuerungsgruppe Wahlprogramm</p> <p><i>Einschub auf Seite 24, Zeile 25:</i> <i>Einmal dort angekommen erhalten junge Menschen zielgenaue Beratung...Dieses Angebot richtet sich insbesondere auch an Jugendliche mit Behinderungen.</i></p> <p>(K)</p>
31.	<p>Fachausschuss Stadt des Wissens Seite 25, Zeile 12: <i>Füge ein:</i> Wir fordern daher die Wirtschaft auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, ausreichend duale Ausbildungsplätze einschließlich der in den überbetrieblichen Zentren zur Verfügung zu stellen und zu finanzieren (tarifliche Branchenfonds und Vereinbarungen über mehr Arbeitsplätze). Das Prinzip, wer nicht ausbildet, muss zahlen, wird von uns bekräftigt. Die zu erhebende Umlage soll ausschließlich zur Finanzierung guter Arbeitsplätze dienen. Der Staat steht aus unserer Sicht darüber hinaus in der Pflicht, ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen zu garantieren.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: Wir fordern daher die Wirtschaft auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, ausreichend duale Ausbildungsplätze einschließlich der in den überbetrieblichen Zentren zur Verfügung zu stellen und zu finanzieren. Tarifliche Branchenfonds sowie Vereinbarungen über mehr Ausbildungsplätze werden von uns unterstützt. Das Prinzip, wer nicht ausbildet, muss zahlen, wird von uns bekräftigt. Deshalb setzen wir uns mit einer Berliner Initiative für eine bundesweite Regelung zur finanziellen Beteiligung der nicht ausbildenden Betriebe ein.</p> <p>(K)</p>
32.	<p>Jusos Seite 25, Zeile 16 <i>Füge ein nach „verbessern“:</i> setzen wir uns mit einer Berliner Initiative für eine bundesweite Regelung zur finanziellen Beteiligung der nicht ausbildenden Betrieben an der an den Gesamtaufwendungen zur Ausbildung in Betracht, um die allgemeine Ausbildungsqualität zu verbessern. Darüber hinaus möchten wir – im Falle des Scheiterns dieser Initiative – auch die Möglichkeit prüfen, ein solches Instrument auf Berliner Landesebene umzusetzen.</p>	<p><i>erledigt durch Annahme Nr. 30</i></p> <p>(K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
33.	KDV Mitte Seite 26, Zeile 4 <i>Füge ein:</i> Um die Ausbildungsqualität sicherzustellen, werden wir prüfen, ob ein Bewertungs- und Ampelsystem für Ausbildungsbetriebe für mehr Transparenz bzgl. guter Ausbildungsbedingungen bei Betrieben und Unternehmen sorgen kann. Dazu wollen wir die Vorbereitung junger Menschen auf eine Ausbildung weiter verbessern.	Ablehnung (K)
34.	Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 26, Zeile 11 <i>Füge ein:</i> Gleichzeitig wollen wir die Lebenssituation von getrennt erziehenden Eltern, die sich nach der Trennung weiterhin gemeinsam der Verantwortung für ihre Kinder stellen, in unserer Familienpolitik noch stärker in den Fokus nehmen.	Annahme (K)
35.	Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 27 <i>Streiche:</i> Zeile 15 bis 17 <i>Aufbauend auf den bisherigen Angeboten und Erfahrungen der Berliner Berufsschulen wollen wir zukünftig an ausgewählten Oberschulen ein Duales Abitur anbieten.</i> <i>Füge stattdessen ein:</i> Ergänzend und aufbauend auf den bisherigen Erfahrungen der Berliner Berufsschulen wollen wir zukünftig an ausgewählten Oberstufenzentren ein Duales Abitur (Berufsausbildung mit Abitur) anbieten. Mit dieser Doppelqualifizierung können ... (weiter wie bisher in Zeile 17 "die Schülerinnen....)	Annahme (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
36.	<p>KDV Mitte Seite 28 Zeile 2 <i>Streiche:</i> <i>die ähnlich wie das „freiwillige ökologische Jahr“ funktioniert</i></p> <p><i>Änderung bezieht sich auf den Satz:</i> <i>Wir wollen gemeinsam mit den Unternehmen, Verbänden und Arbeitnehmervertretungen eine „praktische industrielle Berufsorientierung“ aufbauen, die ähnlich wie das „freiwillige ökologische Jahr“ funktioniert.</i></p>	<p>Annahme (K)</p>
37.	<p>KDV Mitte Seite 32 <i>Streiche:</i> Zeile 10 bis 16 <i>(Passage zur Digitalisierung)</i> <i>Füge stattdessen ein:</i></p> <p>Die Digitalisierung betrifft alle Berlinerinnen und Berliner, sie verändert die Art wie wir leben und wie wir arbeiten. Es geht um Wettbewerb und Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher, Datenschutz und die Kontrolle von Daten, um soziale Teilhabe und Partizipation. Die SPD will durch eine kluge und vorausdenkende Digitalisierungs- und Netzpolitik die Chancen für mehr Komfort und Umweltschutz im täglichen Leben, für intelligente Produktionsprozesse, soziale Teilhabe und offenen Zugang zu Daten nutzen. Michael Müller hat gemeinsam mit der Wissenschaft ein Zehn-Punkte-Programm für die digitale Hauptstadt in die Umsetzung gebracht. Wir wollen daran ansetzen und das Programm zu einer „Digitalen Agenda für Berlin“ ausweiten.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
38.	KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 33, Zeile 28 <i>Füge ein:</i> Insbesondere für Kitas und andere soziale Einrichtungen wird ein Förderprogramm aufgelegt, das diese im Falle einer Aufteilung in Eigentumswohnungen bzw. bei steigenden Gewerberaumieten bei einem Kauf der Räumlichkeiten durch günstige Kredite unterstützten soll.	Ablehnung (K)
39.	Fachausschuss Arbeit & Wirtschaft Seite 35, Zeile 13 <i>Streiche:</i> Bis 2021 soll Berlin Verwaltung papierlos sein.	Annahme (K)
40.	Fachausschuss Arbeit & Wirtschaft Seite 35, Zeile 28 <i>Streiche:</i> Offene Daten sind die Voraussetzung von Teilhabe und ein Wirtschaftsfaktor.	Ablehnung (K)
41.	KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 38, Zeile 3 <i>Füge ein:</i> Die Einnahmen aus der City Tax werden zu 50 Prozent an die Bezirke weitergegeben. Dazu wird ein Verteilungsschlüssel nach Übernachtungen und der Anzahl der gastronomischen Betriebe verwendet.	Ablehnung (K)
42.	KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 38 <i>Streiche:</i> Zeile 5 – 11 (<i>Passage zum Messestandort</i>) <i>Füge stattdessen ein:</i> Dazu unterstützt das Land Berlin die Messe Berlin beim kurzfristigen Bau eines weiteren Kongresszentrums in der Nähe des erfolgreichen City Cube. Nur so kann die steigende Nachfrage nach Kongressflächen in Berlin gedeckt und Berlin konkurrenzfähig bleiben. Das ICC soll mittelfristig weitgehend zurückgebaut und der Standort neu entwickelt werden, um weitere langfristige und riskante Sanierungsobjekte zu vermeiden.	Ablehnung (D)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
43.	<p>Abteilung 0498 Wilmersdorf-Nord/Fachausschuss Wirtschaft Seite 38, Zeile 17 <i>Füge ein:</i> <i>Neue Zwischenüberschrift:</i> Industriekultur als Standortfaktor</p> <p>Berlin verfügt über ein reiches architektonisches und kulturelles Erbe der industriellen Entwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, dieses Potential für moderne Produktion, kreativwirtschaftliche und kulturelle Nutzungen sowie den Tourismus zu erschließen und im baulichen Bestand zu sichern.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: Neue Zwischenüberschrift Industriekultur als Standortfaktor</p> <p>Berlin verfügt über ein reiches architektonisches und kulturelles Erbe der industriellen Entwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, dieses Potential für moderne Produktion, kreativwirtschaftliche und kulturelle Nutzungen sowie den Tourismus zu erschließen.</p> <p>(K)</p>

<p>44.</p>	<p>KDV Lichtenberg (überwiesen von Antragskommission)</p> <p><i>Ergänzung ab Seite 39 (Kapitel Stadtentwicklung)</i></p> <p>Infrastrukturprogramm für die wachsende Stadt</p> <p>Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, dass das rasante Wachstum Berlins durch ein koordiniertes Programm zur Verbesserung der Infrastruktur des Landes und der Bezirke begleitet und gesteuert wird. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats werden ersucht, die Aufstellung und Umsetzung eines solchen Programms zu unterstützen und voranzutreiben. Ziel des Infrastrukturprogramms soll es insbesondere sein, die Bezirke, die besonders stark vom Bevölkerungswachstum betroffen sind, in die Lage zu versetzen, ihre Infrastruktur den wachsenden Anforderungen anzupassen. Dafür erhalten diese Bezirke gezielt und zweckgebunden finanzielle Unterstützung durch das Land Berlin.</p> <p>Das Programm soll ausdrücklich nicht dazu dienen, die Verbesserung der Infrastruktur in den betroffenen Bezirken zentral zu steuern. Die Bezirke entscheiden im Rahmen des Programms selbst und eigenständig, für welche konkreten Projekte sie das zur Verfügung gestellte Geld verwenden.</p> <p>Das Programm umfasst folgende Punkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Sanierung und den Neubau von Schulen, Kitas und sonstiger sozialer und kultureller Infrastruktur • Die gezielte Verbesserung des ÖPNV und der Straßeninfrastruktur, auch unter Beachtung des Inklusionsaspekt und der Förderung des Fahrradverkehrs. • Die Verbesserung des Bürgerservice mit dem Schwerpunkt der Bürgerämter. 	<p><i>erledigt durch Neufassung des Satzes auf Seite 78, Zeile 6f.</i></p> <p>Dafür benötigen sie eine angemessene qualitative und quantitative Personal- und Finanzausstattung – im Land und den Bezirken.</p> <p>(K)</p> <p><i>Anmerkung: Die genannten Punkte sind bereits im Wahlprogramm enthalten, u. a. auf den Seiten 45-50, 54-57, 35 und 88</i></p>
------------	--	---

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
	<p>Diese Punkte sollen zudem bei der Entwicklung neuer Wohnungsbaustandorte mitgeplant werden, wobei insbesondere die demographische Entwicklung der einzelnen Bezirke berücksichtigt werden soll. Ferner sollen durch finanzielle Prämien zur Finanzierung der o.g. Punkte die Anreize für die Bezirke erhöht werden, neue Wohnungsbaupotentiale zu erschließen. Als ein erster Schritt soll das Sonderprogramm Infrastruktur in der wachsenden Stadt (SIWA) so angepasst werden, dass die unterschiedlich hohen Bedarfe in den Bezirken, die sich aus dem unterschiedlich starken Bevölkerungswachstum ergeben, berücksichtigt werden.</p>	
<p>45.</p>	<p>Fachausschuss Soziale Stadt/KV Friedrichshain-Kreuzberg <i>Streiche:</i> Seite 39 bis 44 (Kapitel Stadtentwicklung und Wohnungspolitik)</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Aktualisierter Entwurf Stadtentwicklung/Wohnungsbaupolitik des Fachausschusses Soziale Stadt</p>	<p>Neufassung der Steuerungsgruppe Wahlprogramm des Kapitels Stadtentwicklung und Wohnungspolitik inklusive Passage zu neuen Wohnformen von Seite 42, Zeile 13ff.</p> <p>(K)</p>
<p>46.</p>	<p>Fachausschuss Umwelt Seite 39, Zeile 12 <i>Füge ein:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - für eine intakte urbane Umwelt mit sauberer Luft und sauberem Wasser und weniger Lärm, wie auch einem effizienten Ressourcenmanagement - für den Schutz der städtischen Natur und der hohen Biodiversität - für die Erschließung und Entwicklung des öffentlichen Raums als Ort mit neuer Lebens- und Nutzungsqualität 	<p>Annahme</p> <p>(K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
47.	<p>Abteilung 12 Friedrichshain-Kreuzberg Seite 39, Zeile 21 <i>Füge ein:</i> Wir setzen uns für eine Rückübertragung des SEZ an das Land Berlin ein. Der Kaufvertrag über einen symbolischen Euro aus dem Jahr 2003 wollen wir rückgängig machen. Dafür prüfen wir die rechtlichen Voraussetzungen für eine Rückabwicklung des Vertrages bzw. einen Wiederkauf. Solange eine solche Prüfung nicht abgeschlossen wird, lehnen wir den Abschluss eines städtebaulichen Plans mit dem aktuellen Eigentümer und eine Änderung der Planungsziele Sport und Erholung ab.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>
48.	<p>Kreis 06, Steglitz-Zehlendorf Abteilung 04, Lichterfelde Ost und Süd Seite 40, Zeile 19 <i>Füge ein:</i> Exzessiver Baulandspekulation werden wir entgegentreten. Seite 49, Zeile 7 <i>Streiche:</i> Eine Gebührenbefreiung batteriebetriebener Fahrzeuge in Parkraumbewirtschaftungsgebieten lehnen wir ab.</p>	<p>Erledigt (K) <i>Im Kapitel Stadtentwicklung und Wohnungskapitel steht bereits: Die SPD wird hier eine sozial gerechte Bodennutzung durchsetzen, Spekulation und eine weitgehende Privatisierung von Baupotentialen ausschließen.</i></p>
49.	<p>KDV Friedrichshain-Kreuzberg <i>(überwiesen von Antragskommission)</i> Seite 40, Zeile 27 Keine Absenkung der Abstandsflächen Die sozialdemokratischen Mitglieder des AGH und des Senats von Berlin werden beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass bei einer Novellierung der Berliner Bauordnung die Abstandsflächen nicht erneut abgesenkt werden.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
50.	AsJ Seite 40, Zeile 26 <i>Füge ein:</i> Die SPD wird sich dafür einsetzen, zur Gewährleistung einer sozial gerechten Bodennutzung „die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle Kreise der Bevölkerung“ als Planungsziel in das Baugesetzbuch aufzunehmen.	<i>erledigt durch Neufassung des Kapitels Wohnen und Stadtpolitik (Antrag Nr. 45)</i> (K)
51.	Fachausschuss Umwelt Seite 41, Zeile 4 <i>Füge ein:</i> Auch bei einfachen Standards halten wir Balkone für erforderlich.	Ablehnung (K)
52.	AsJ Seite 41, Zeile 18 <i>Füge ein:</i> Die SPD will durch eine Änderung der Landesverfassung eine Privatisierung städtischer Wohnungsunternehmen für die Zukunft ausschließen. Landeseigene Grundstücke sollen nur noch im Ausnahmefall privatisiert werden.	<i>erledigt durch Neufassung des Kapitels Wohnen und Stadtpolitik (Antrag Nr. 45)</i> (K)
53.	AsJ Seite 42, Zeile 17 <i>Streiche:</i> Da, wo öffentlich gefördert wird, muss stets bezahlbares Wohnen entstehen. <i>Füge stattdessen ein:</i> Da, wo öffentlich gefördert wird, muss vor allem bezahlbares Wohnen entstehen.	<i>erledigt durch Neufassung des Kapitels Wohnen und Stadtpolitik (Antrag Nr. 45)</i> (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
54.	<p>AG Selbst Aktiv Seite 42, Zeile 21 <i>Füge ein:</i> Der Bedarf an barrierefreien Wohnungen für Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen steigt ständig an. Dies gilt auch für Immobilienangebote für Träger der Behindertenhilfe, zum Beispiel für betreutes Wohnen. Angesichts des starken Mangels an Wohnungen mit wenigen oder keinen Barrieren in zentraler Lage, wollen wir die existierenden barrierefreien Wohnungen wieder zentral erfassen, veröffentlichen und ggf. vermitteln, um eine bestmögliche Versorgung mit angemessenem Wohnraum zu gewährleisten.</p> <p>Wir wollen, dass bedarfsgerechter Umbau im Bestand und auf Zuwegungen zu Wohnungen möglichst leicht stattfinden kann und dass dieser auch bei einem Mieterwechsel bestehen bleibt. Einmal abgeschaffte Barrieren dürfen nicht wieder aufgebaut werden!</p> <p>Darum wird sich die SPD mit einer Bundesratsinitiative für eine Änderung des Wohneigentums- und des Mietrechts einsetzen, damit Vermieterinnen und Vermieter sich dem nicht weiter verschließen können.</p> <p>Die SPD bekennt sich zu der 2006 erfolgten Verankerung der Barrierefreiheit in der Bauordnung. Außerdem sind Prüfsachverständige für Barrierefreiheit zu verankern, die von den Bauaufsichtsbehörden hinzugezogen werden, um eine korrekte Umsetzung der bauordnungsrechtlichen Bestimmungen für Barrierefreiheit zu gewährleisten.</p> <p>Ein SPD-geführter Senat wird sich darum dafür einsetzen, die Ausbildung an den Berliner Hochschulen hinsichtlich des barrierefreien Bauens zu einem festen Bestandteil des Studiums zu machen.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: Der Bedarf an barrierefreien Wohnungen für Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen steigt an. Wir wollen, dass bedarfsgerechter Umbau im Bestand und auf Zuwegungen zu Wohnungen möglichst leicht stattfinden kann und dass dieser auch bei einem Mieterwechsel bestehen bleibt. Einmal abgeschaffte Barrieren dürfen nicht wieder aufgebaut werden. Darum wird sich die SPD mit einer Bundesratsinitiative für eine Änderung des Wohneigentums- und des Mietrechts einsetzen, damit Vermieterinnen und Vermieter sich dem nicht weiter verschließen können. Die SPD bekennt sich zu der 2006 erfolgten Verankerung der Barrierefreiheit in der Bauordnung.</p> <p>(K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
55.	KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 44, Zeile 3 <i>Füge ein:</i> Wir wollen eine stärkere Berücksichtigung des Denkmalschutzes mit Blick auf die typisch berlinische Baukultur. Wir wollen diese bewahren und gegen einschränkende und/oder zerstörerische Eingriffe privater Investoren schützen.	Ablehnung (K)
56.	AG Selbst Aktiv Seite 45, Zeile 12 <i>Füge ein:</i> Der besonders für viele mobilitätseingeschränkte Menschen wichtige Begleitservice des VBB wird durch Festanstellungen verstetigt. Den Service des Sonderfahrdienstes für Menschen mit Behinderung wollen wir verbessern, die bezirklichen Mobilitätshilfen wollen wir stärken und ausbauen. Für eine selbstbestimmte und unabhängige Mobilität sind Orientierungshilfen an Bahnhöfen, Haltestellen und in Verkehrsmitteln wichtig, die verschiedene Arten von Beeinträchtigungen berücksichtigen und immer mindestens zwei Sinne bedienen. Mit dem Ziel, zügig Lösungen für ganz Berlin zu entwickeln, werden wir entsprechende Modellprojekte fördern. Insbesondere bei außergewöhnlichen Barrieren durch Bauerbaustellen oder Schienenersatzverkehr ist auf temporäre Orientierungs- und Hilfesysteme zu achten.	Annahme in geänderter Fassung: Der besonders für viele mobilitätseingeschränkte Menschen wichtige Begleitservice des VBB wird verstetigt. Den Service des Sonderfahrdienstes für Menschen mit Behinderung wollen wir verbessern, die bezirklichen Mobilitätshilfen wollen wir stärken und ausbauen. (K)
57.	Fachausschuss Mobilität Seite 45 <i>Streiche:</i> Zeile 20 bis 22 („Aber auch weiterhin gehört der Autoverkehr zur Stadt ... bis auszuspielen“)	<i>erledigt</i> <i>durch Neufassung Nr. 58</i> <i>Steuerungsgruppe Wahlprogramm</i> (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
58.	<p>KDV Treptow-Köpenick Seite 45, Zeile 20 – 22</p> <p><i>Streiche:</i> Aber auch weiterhin gehört der Autoverkehr zur Stadt. Gerade Menschen mit Behinderungen und Familien in bestimmten Lebensphasen werden weiterhin auf das Auto angewiesen sein.</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Der Autoverkehr gehört weiterhin zur Stadt. Wir setzen uns dafür ein, dass der Verkehrsfluss und die Baustellenkoordination intelligenter organisiert werden. Straßeninstandhaltung und Brückensanierung wollen wir weiter vorantreiben. Der Verkehr soll somit effektiver und ökologisch verträglicher gestalten.</p>	<p>Annahme (K)</p> <p>Neufassung Steuerungsgruppe Wahlprogramm: Auch der Autoverkehr ist weiterhin Teil des Mobilitätsangebots in der Stadt, da es nach wie vor Bevölkerungsgruppen, Lebenssituationen und Mobilitätsanlässe gibt, für die es keine Alternative zum eigenen Auto gibt. Dies sollte nicht gegeneinander ausgespielt werden. (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
59.	<p>Abteilung 10/03 „Hellersdorf“ Seite 45, Zeile 26 <i>Füge ein:</i> Förderung der Elektromobilität</p> <p>Wir setzen uns dafür ein, dass Elektromobilität in Berlin gelebte Wirklichkeit wird. Der Anteil der Autos mit alternativen Antriebsformen an den Neuzulassungen in Berlin wird deutlich gesteigert werden. Bereits kurzfristig werden mehr Hybridfahrzeuge mit Elektro- und Verbrennungsmotor auf den Straßen sein, reinen Batterieelektroantrieben gehört aber langfristig die Zukunft. Um die nötigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, werden wir den Ausbau der bestehenden Elektroladeinfrastruktur weiter vorantreiben. Fahrräder mit Elektroantrieb stellen darüber hinaus einen wichtigen Baustein dar. Der Ausbau der Fahrradinfrastruktur dient damit auch der Elektromobilität. Wir wollen, dass der Berliner Senat und die Bezirke mit gutem Beispiel voran gehen und den Anteil an Behördenfahrzeugen mit Elektroantrieb deutlich steigern. Um dies zu erreichen, fordern wir eine Umkehr der Begründungslast in der Beschaffungsrichtlinie. Es soll nicht mehr begründet werden, warum ein Elektrofahrzeug angeschafft werden soll, sondern warum die Anschaffung eben kein Elektrofahrzeug sein kann.</p>	<p><i>erledigt durch Annahme des Antrages Nr. 76</i></p> <p>(K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
60.	<p>Fachausschuss Mobilität (überwiesen von Antragskommission) Ergänzung ab Seite 45</p> <p>Bundesmittel für ÖPNV einfordern</p> <p>1. Der Ausbau der Straßenbahn ist als ein zentrales Projekt der Berliner Klimaschutz- und Mobilitätspolitik in der nächsten Wahlperiode mit Priorität voranzutreiben. Dazu soll auf der Basis des Konzepts „Straßenbahn in Berlin 2030 plus“ unverzüglich ein Gesamtprojekt geformt werden, das zur Anmeldung für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) des Bundes vorbereitet wird, das gerade über 2019 hinaus verlängert worden ist.</p> <p>2. Zusätzlich erstellt der Berliner Senat einen Katalog weiterer Projekte, die für das GVFG unter dem Gesichtspunkt einer klimapolitisch zukunftsfähigen Mobilität angemeldet werden sollen und nutzt damit konsequent Fördermöglichkeiten des Bundes.</p> <p>3. Berlin setzt sich im Bundesrat und gegenüber dem Bund für eine deutliche Ausweitung des bisher finanziell unzureichend ausgestatteten GVFG ein. Ziel ist dabei ein Sonderprogramm für wachsende Metropolregionen in der Höhe des bisherigen GVFG (330 Mio. e p. a.).</p> <p>4. Gegenüber dem Bund setzt sich der Senat außerdem nachdrücklich für die Fortführung des bisherigen Entflechtungsgesetzes ein und unterstützt damit einen Beschluss des SPD-Bundesvorstands vom Januar 2016. Aus den Entflechtungsgesetz-Mitteln sollen u. a. ergänzende Projekte des Straßenbahnausbaus finanziert werden, die umsetzungsfähig sind, bevor eine Umsetzung durch das GVFG zu erwarten wäre.</p>	<p>erledigt für Wahlprogramm</p> <p>(K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
61.	KDV Neukölln Seite 46, Zeile 18 <i>Füge ein hinter „die U2 entlastet“:</i> Eine Verlängerung der U-Bahnlinie 7, um den Flughafen BER metropolengerecht erschließen zu können, bleibt für uns eine Option, die wir dem Busverkehr auf der Straße vorziehen. Im Zuge der Überarbeitung des Verkehrskonzeptes für den Flughafen stellt eine Verlängerung der U7 eine sinnvolle Ergänzung des bestehenden Schienenangebots dar, um dem zu erwartenden Fluggastaufkommen gerecht zu werden. Kurzfristig kann in einem ersten Schritt eine Verlängerung der U-Bahn zum Frauenviertel mit einem Bahnhof U Lieselotte-Berger-Platz ein Wohngebiet mit ca. 1700 Haushalten erschließen und einen Attraktivitätsschub für den Kiez und Umgebung bewirken.	Neufassung Steuerungsgruppe Wahlprogramm: Wir prüfen mittelfristig auch sinnvolle Erweiterungen des U-Bahn-Netzes. (K)
62.	Fachausschuss Stadt des Wissens Seite 46, Zeile 18 <i>Füge ein:</i> Wir werden den Lückenschluss zwischen der U-Bahn und der S-Bahn im Wege der Verlängerung der U-Bahn von Krumme Lanke zum S-Bahnhof Mexikoplatz u.a. zur Sicherstellung der Erreichbarkeit der wissenschaftlichen Einrichtungen der Freien Universität durchführen lassen.	<i>erledigt durch Annahme von Antrag Nr. 61</i> (K)
63.	Abteilung 12/3 (Reinickendorf/Frohnau) Seite 46, Zeile 27 <i>Füge ein:</i> Wir werden darauf drängen, die eingleisigen S-Bahnstrecken von Berlin ins Umland zweigleisig auszubauen, wie es im Einigungsvertrag vereinbart wurde.	Ablehnung (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
64.	<p>KDV Mitte Seite 47, Zeile 8 <i>Füge ein:</i> Bei der Planung und Umsetzung der Maßnahmen für einen behindertengerechten bzw. familienfreundlichen Ausbau von U-Bahnhöfen, den Bahnhöfen den Vorrang zu geben, die sich im Umkreis von Seniorenwohnanlagen, Seniorenpflegeeinrichtungen, Krankenhäusern und Kindertagesstätten befinden. Die Prioritäten sollten sich nicht nur nach dem Fahrgastaufkommen, sondern vor allem nach den sozialen Bedürfnissen richten.</p>	<p>Erledigt (K)</p> <p><i>Anmerkung: Auf Seite 103, Zeile 16 ff. steht bereits: Anhand der mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen und dem Landesbehindertenbeirat vereinbarte Prioritätenliste werden wir weiter das Ziel verfolgen, bis 2020 alle noch nicht stufenlos erreichbaren U-Bahnhöfe mit Aufzügen auszustatten. Das gleiche gilt für die restlichen S-Bahnhöfe. Den Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) werden wir barrierefrei ausbauen, um Berlin auch mit dem Fernreisebus behindertengerecht erreichen zu können.</i></p>

<p>65.</p>	<p>KDV Mitte Seite 47 <i>Streiche:</i> Zeile 17 bis 27 (Passage zum Fuß- und Radverkehr) <i>Füge stattdessen ein:</i> Fahrradverkehr fördern und ausbauen. Die vom Senat beschlossene Radverkehrsstrategie für Berlin von 2013 wird konsequent weiter umgesetzt und weiterentwickelt. Dabei sollen vor allem folgende Schwerpunkte gesetzt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - breite, zum Überholen geeignete, gut befahrbare Radverkehrsstreifen an allen Hauptstraßen, wo möglich baulich abgetrennt von der Fahrbahn, um Zuparken zu verhindern und die Sicherheit zu erhöhen, - deutlicher Ausbau von Fahrradstraßen, die auch für Kinder und ältere Radfahrer*innen sicher sind, insbesondere rund um Schulen und Sportanlagen - rascher Umbau der für Fahrräder gefährlichsten Kreuzungen durch farblich markierte Aufstell- und Abbiegestreifen und Ampelschaltung - deutlicher Ausbau von sicheren Fahrrad-Abstellanlagen an großen DB-,S- und U-Bahnhöfen und in Geschäftsstraßen (Fahrradparkhaus am Hbf.) - Bau von Radschnellwegen für Pendler*innen in Nord-Süd und Ost-West-Richtung - Fahrradstaffeln in allen Bezirken zur Ahndung von Falschparkern, - Rotfahrten, Gehwegfahren, Tempo und Abbiegeverstößen sowie Schaffung einer Sondereinheit Fahrraddiebstahl - Fahrradbeauftragte in allen Bezirken und im Senat, die fest in die Planung von Verkehrsmaßnahmen und Umleitungen an Baustellen eingebunden sind; keine Baustelle ohne sichere Umleitung auch für Fahrräder 	<p>Annahme in Neufassung: Die vom Senat beschlossene Radverkehrsstrategie für Berlin von 2013 wird konsequent weiter umgesetzt und weiterentwickelt. Um die Umsetzung der Investitionen in die Fahrradinfrastruktur zu beschleunigen, wollen wir eine Projektstruktur unter Einbeziehung der Bezirke entwickeln, die im Rahmen einer gesamtstädtischen Zielplanung die Prioritärprojekte an einer Stelle koordiniert und steuert sowie den schnellen Ausbau der Radinfrastruktur vorantreibt und dabei vor allem Unfallschwerpunkte abbaut und eine moderne Fahrradpolitik verfolgt.</p> <p>(K)</p>
-------------------	--	---

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
	<ul style="list-style-type: none"> - zentrale Stelle um aktuelle Mängel an/auf Radwegen (Glas, Bewuchs, nicht geräumter Schnee, etc.) zu melden und schnellstmöglich (3 Tage) beseitigen zu lassen - die Zielsetzung 5 Euro pro Einwohner pro Jahr für den Radverkehr konsequent umsetzen. <p>Im öffentlichen Raum schaffen wir damit ein attraktives, barrierefreies Umfeld für Fußgängerinnen und Fußgänger, Radfahrerinnen und Radfahrer. Neben Geschwindigkeits-beschränkungen in Wohngebieten wollen wir weitere Begegnungszonen einrichten, mit der Priorität für den Fuß- und Radverkehr.</p>	
66.	<p>KDV Treptow-Köpenick Seite 47, Zeile 9 <i>Füge ein:</i> Barrierefreie Fähren: Fähren gehören zum wasserreichen Berlin. Die großen Linien müssen ebenfalls barrierefrei aus- und umgebaut werden.</p>	<p><i>erledigt durch tätiges Handeln</i> (K)</p>
67.	<p>Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 47, Zeile 12f. <i>Streiche:</i> Dafür wollen wir digitale Leit-, Informations- und Bezahlssysteme unter Berücksichtigung des Schutzes persönlicher Daten verstärkt in den ÖPNV integrieren.</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Für die Nutzerinnen und Nutzer mobiler Endgeräte wollen wir neben den weiter bestehenden analogen Angeboten digitale Leit-, Informations- und Bezahlssysteme unter Berücksichtigung des Schutzes persönlicher Daten verstärkt in den ÖPNV integrieren.</p>	<p>Annahme (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
68.	<p>Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 47, Zeile 20 ff. <i>Streiche:</i> <i>Neben Geschwindigkeitsbeschränkungen in Wohngebieten wollen wir weitere Begegnungszonen einrichten, mit der Priorität für den Fuß- und Radverkehr.</i></p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Neben Geschwindigkeitsbeschränkungen in Wohngebieten wollen wir inklusive Begegnungszonen mit der Priorität für den Fuß- und Radverkehr einrichten, die nach dem „Zwei-Sinne-Prinzip“ auch eine Kommunikation per Sichtkontakt ermöglichen.</p>	<p>Annahme</p> <p>(K)</p>
69.	<p>KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 47, Zeile 22 <i>Füge ein:</i> Besonders wichtig ist uns, dass Behinderungen von Sichtbeziehungen zwischen Auto- und Radfahrern an Straßeneinmündungen, Kreuzungen und Grundstückseinfahrten durch parkende Autos konsequent entgegengetreten wird. Dies kann durch Parkstreifen, die deutlich vor entsprechenden Stellen enden und durch verstärktes Ahnden regelwidrigen Parkens geschehen.</p>	<p>Ablehnung</p> <p>(K)</p>
70.	<p>KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 47 Zeile 25 <i>Füge ein:</i> Zusätzlich wollen wir in den nächsten Jahren jährlich 12 neue Fahrradstraßen in Berlin ausweisen und zusammen mit der Deutschen Bahn Fahrradabstellanlage an den wichtigsten S-Bahnhöfen errichten.</p>	<p>Ablehnung</p> <p>(K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
71.	KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 48 <i>Streiche:</i> Zeile 1 bis 14 (Passage zur A100)	Annahme (K) Streichung Zeile 2 bis 4 <i>Zur Entlastung der Innenstadt vom Durchgangsverkehr befürworten wir die Verlängerung der A 100 bis zum Treptower Park (16. Bauabschnitt) und die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für den 17. Bauabschnitt bis zur Frankfurter Allee.</i> Neufassung Zeile 4 bis 5 Die im Bundesverkehrswegeplan verankerte Verlängerung der Stadtautobahn A 100 ist für uns Teil eines Gesamtkonzepts zur Verkehrsentslastung... (K) Ablehnung <i>(Streichung Zeile 5 bis 14)</i> (K)
72.	Fachausschuss Mobilität Seite 48 <i>Streiche:</i> Zeile 3 bis 4 „und die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für den 17. Bauabschnitt bis zur Frankfurter Allee“.	<i>erledigt durch Annahme des Antrages Nr. 71</i> (K)
73.	Fachausschuss Umwelt Seite 48 <i>Streiche:</i> Zeile 1 bis 14 (Passage zur A100) <i>Füge stattdessen ein:</i> Unser Konzept für weniger Lärm, bessere Luft und bessere Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum setzt auf eine effiziente Verkehrsvermeidung, wie z.B. auf den Rückbau von Durchgangsstraßen, Parkraumbewirtschaftung und die Ausweitung von Tempo 30-Zonen.	<i>erledigt durch Annahme des Antrages Nr. 71</i> (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
74.	<p>KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 49, Zeile 2 <i>Füge ein:</i> Wir sprechen uns für die Einführung von Tempo 30 vor Schulen, Kitas, Horteinrichtungen, Musikschulen, Jugendclubs, Spiel- und Sportplätzen aus. Die Einführung vor diesen Einrichtungen, d.h. die Verkehrssicherheit von Kindern und Jugendlichen hat für uns oberste Priorität.</p>	<p><i>erledigt (K)</i> <i>auf Seite 49 steht bereits:</i> <i>Wir befürworten die Prüfung und Anordnung weiterer Tempo 30-Abschnitte für besondere Schwerpunkte von Unfällen oder von Luft-und Lärmbelastungen. Sie sind eine wirkungsvolle Maßnahme zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und tragen wesentlich zur Lärminderung und Luftreinhaltung bei.</i></p>
75.	<p>KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 49 Zeile 22 <i>Füge ein:</i> Die dabei entstehenden Kosten werden wir über Nutzungsgebühren auf die Fernbusunternehmen umlegen. Außerhalb der wenigen Abfahrtspunkte wird das Aus- und Einsteigen in Fernbusse untersagt.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>
76.	<p>KDV Mitte Seite 49, Zeile 4 <i>Füge ein:</i> Ausbau des Zukunftsfeldes Elektromobilität Die Elektromobilität – auf Basis regenerativer Energie – wird als Bestandteil des Umweltverbunds gefördert. Dabei soll dem Ausbau der Elektromobilität bei einem zukünftigen Citylogistikkonzept eine besondere Rolle zukommen.</p>	<p>Annahme (K)</p>
77.	<p>KDV Treptow-Köpenick Seite 49, Zeile 18 <i>Füge ein:</i> Regionalbahnhof Köpenick Der Südosten benötigt auf der Strecke Berlin - Frankfurt/Oder einen Umsteigebahnhof. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bahnhof Köpenick Regionalbahnhof wird.</p>	<p>Ablehnung (D)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
78.	<p>KDV Treptow-Köpenick Seite 49, Zeile 24 <i>Füge ein:</i></p> <p>Zusammenhalt des Flughafenumfeldes stärken</p> <p>Mit dem Start des neuen Hauptstadtflughafens BER und der Schließung des Flughafens Tegel werden große Teile Berlins von Fluglärm entlastet, andere Teile der Stadt, insbesondere der Südosten und das Umland, jedoch stark belastet. Neben einem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in dieser Region, um die Verkehre von und zum Flughafen nicht allein individuell über die Straßen abzuwickeln, muss der bestmögliche Lärmschutz für die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner gewährleistet werden. Die SPD setzt sich dafür ein, die Flugrouten von und zum BER regelmäßig zu überprüfen und im Sinne eines Lärmschutzes für die Bevölkerung anzupassen. Die SPD unterstützt gemeinsam mit dem Umland eine von den Passagieren zu zahlende Abgabe zugunsten der Finanzierung von Infrastrukturprojekten der Umlandgemeinden und Berliner Bezirke, die von den Auswirkungen des Fluglärms betroffen sind.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>
79.	<p>KDV Mitte Seite 50, Zeile 28 <i>Füge ein nach „ein“:</i></p> <p>Zur weiteren Minimierung der Luftbelastung und Absenkung der verkehrlichen Feinstaub- und Stickstoffdioxid-Emissionen setzt sich die SPD Berlin für die zügige Weiterentwicklung der Umweltzonen ein. Dazu soll ein Konzept entwickelt werden, das auch die Belastung durch Baumaschinen, Binnenschiffe und Dieselloks erfasst.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
80.	Fachausschuss Umwelt Seite 51 Zeile 2 <i>Füge ein:</i> Die Berliner Fahrgastschiffe sollen mit Abgasminderungstechniken ausgerüstet werden.	Ablehnung (K)
81.	Fachausschuss Umwelt Seite 51 Zeile 5 <i>Füge ein:</i> Wir wollen die Qualität der Oberflächengewässer erhöhen und das Grundwasser vor etwaige Verunreinigungen schützen. Mit unseren Berliner Wasserbetrieben werden wir die Qualität der Berliner Trinkwasserversorgung auch für die Zukunft sicherstellen.	Annahme in geänderter Fassung: In Abstimmung mit Brandenburg wollen wir die Qualität der Oberflächengewässer erhöhen und das Grundwasser vor etwaige Verunreinigungen schützen. Mit unseren Berliner Wasserbetrieben werden wir die Qualität der Berliner Trinkwasserversorgung auch für die Zukunft sicherstellen. (K) <i>dadurch redaktionelle Streichung des Satzes auf Seite 51, Zeile 5:</i> In Abstimmung mit Brandenburg wollen wir bei den Berliner Flüssen und Seen eine Qualitätsverbesserung erreichen.
82.	Fachausschuss Umwelt Seite 51 Zeile 6 <i>Füge ein:</i> Wir unterstützen die Idee eines Flussbads im historischen Zentrum Berlins. Das Baden in der Spree war früher eine Selbstverständlichkeit für die Berliner und ihre Gäste, heute können wir es mit einer ökologischen Reinigung des Flusses erneut ermöglichen.	Annahme in geänderter Fassung auf Seite 50, vor Zeile 24: Wir unterstützen die Idee eines Flussbads im historischen Zentrum Berlins. (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
83.	Fachausschuss Umwelt Seite 51 Zeile 6 <i>Füge ein:</i> Die SPD will, dass die Stadt sauberer wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der öffentliche Raum mit besserer Aufenthaltsqualität einen deutlichen Beitrag zur Attraktivität der Stadt leistet. Zu diesem Zweck wird der Berliner Bußgeldkatalog überarbeitet und in Teilen dem deutlich höheren Preisniveau anderer Bundesländer angepasst. Die Verschmutzung des öffentlichen Raums z.B. durch Hundehaufen und Müll ist kein Kavaliersdelikt.	<i>Annahme in geänderter Fassung:</i> Wir werden uns dafür einsetzen, dass der öffentliche Raum mit besserer Aufenthaltsqualität einen deutlichen Beitrag zur Attraktivität der Stadt leistet. (K)
84.	Fachausschuss Umwelt Seite 51 Zeile 10 <i>Füge ein nach „beziehen können“:</i> Das Modell „Berliner Mieterstrom“ der Berliner Stadtwerke werden wir möglichst breit zur Anwendung bringen.	Annahme (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
85.	<p>Steuerungsgruppe Wahlprogramm <i>Streiche:</i> Seite 51, Zeile 7 bis Seite 52 Zeile 2 <i>Füge stattdessen ein:</i> Die SPD strebt die vollständige Rekommunalisierung des Berliner Gasnetzes sowie des Stromnetzes an. Wir wollen uns direkte Einflussmöglichkeiten sichern, denn die Netze sind das Rückgrat für eine sichere, innovative, nachhaltige und klimaneutrale Energieversorgung für Berlin und für sozial verträgliche Energietarife für die Berlinerinnen und Berliner. Hierzu haben wir das Landesunternehmen Berlin Energie gegründet, das sich an den laufenden Konzessionsvergaben beteiligt.</p> <p>Notwendige Zwischenschritte sollen den Weg zu einer vollständigen Rekommunalisierung der Netze öffnen und nicht verschließen.</p> <p>Darüber hinaus muss sorgfältig geprüft werden, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Übernahme des Berliner Fernwärmenetzes sinnvoll sein könnte.</p> <p>Das Land Berlin hat ein Stadtwerk gegründet über das die Berlinerinnen und Berliner saubere Energie zu fairen Preisen beziehen können. Wir wollen die gesetzliche Grundlage hierzu ändern, damit das Stadtwerk wirtschaftlich erfolgreich aufgestellt werden kann und jede Berlinerin und jeder Berliner dort Kunde werden kann.</p>	<p>Annahme (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
86.	AfA Seite 51, Zeile 29 <i>Füge ein nach „Transaktionsweg“:</i> Ein größeres Engagement und eine Beteiligung des Landes Berlin an Energieunternehmen in Berlin ist ein richtiger Schritt, unser Ziel ist auch hier den Mehrwert für die Stadt, die Bürgerinnen und Bürger sowie die Beschäftigten zu steigern.	Annahme in geänderter Fassung auf Seite 51 vor Zeile 7: Ein größeres Engagement und eine Beteiligung des Landes Berlin an Energieunternehmen in Berlin ist ein richtiger Schritt. Unser Ziel ist auch hier, den Mehrwert für die Stadt und ihre Bevölkerung zu steigern. Dabei wollen wir auch den Beschäftigten sichere Arbeitsplätze, Einkommen und Arbeitsbedingungen gewährleisten. (K)
87.	KDV Treptow-Köpenick Seite 52, Zeile 8 <i>Füge ein:</i> Stadtbaumkampagne fortführen Zum Berliner Stadtbild gehören Straßenbäume. Dies wollen wir bewahren und Ersatzpflanzungen für verloren gegangene Straßenbäume mit der von uns in dieser Wahlperiode begonnenen Stadtbaumkampagne fortführen und private Pflegepatenschaften unterstützen.	Annahme (K)
88.	KDV Treptow-Köpenick Seite 52, Zeile 11 <i>Füge ein:</i> Darüber hinaus müssen die Bezirke für die Grünflächenpflege ausreichend Geld erhalten.	Ablehnung (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
89.	<p>Fachausschuss Umwelt Seite 52, Zeile 8 <i>Streiche:</i> Besonders die innerstädtischen Grünflächen und Parks müssen für den Bürger und Bürgerinnen attraktive, saubere und sichere Aufenthalts- und Lebensräume sein. Sie müssen sauber und sicher sein. Dazu haben wir einen langfristigen Vertrag mit der Berliner Stadtreinigung (BSR) geschlossen, der Leistung und Qualität sichert.</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Die Parks und Wälder dienen als Erholungseinrichtungen für alle. Wir brauchen ausreichend Mittel für die Grünflächenämter zur Pflege der Parks und wollen die Reinigung besonders stark genutzter Grünanlagen in Abstimmung mit den Bezirken der BSR übertragen. Die pflegerischen Aufgaben der Grünflächenämter in den Parks bleibt davon unberührt.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>
90.	<p>KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 52, Zeile 11 <i>Füge ein:</i> Wir wollen die Reinigung weiterer, auch kleinerer, Parks von den Bezirken auf die Berliner Stadtreinigung übertragen. Dazu wollen wir insbesondere auch die Reinigung an den Wochenenden in den Sommermonaten intensivieren, damit der öffentliche Raum für alle Berlinerinnen und Berliner erlebbar wird.</p>	<p>Erledigt (K) <i>Auf Seite 52 steht bereits:</i> <i>Besonders die innerstädtischen Grünflächen und Parks müssen für den Bürger und Bürgerinnen attraktive, saubere und sichere Aufenthalts- und Lebensräume sein. Sie müssen sauber und sicher sein. Dazu haben wir einen langfristigen Vertrag mit der Berliner Stadtreinigung (BSR) geschlossen, der Leistung und Qualität sichert.</i></p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
91.	<p>Fachausschuss Umwelt Seite 52, Zeile 19</p> <p><i>Streiche:</i> Berlin hat als wachsende Stadt eine große Verantwortung, was die ökologischen Aspekte beim Wohnungsneubau betrifft. Als SPD wollen wir deshalb im verstärkten Maße klimatisch wirksame Flächen wie Kaltluftschneisen schützen und eine Gründach-Initiative ins Leben rufen.</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Berlin hat als wachsende Stadt eine große Verantwortung, die ökologischen Folgen des Wohnungsneubaus zu minimieren. Gleichzeitig müssen wir die Stadt auch an die nicht mehr abwendbaren Folgen des Klimawandels (Temperaturanstieg, Trockenperioden, Starkregen, Sturm) anpassen. Als SPD wollen wir deshalb trotz der angestrebten Nachverdichtung klimatisch wirksame Innenstadtfächen und Kaltluftschneisen schützen. Für ein besseres Regenwassermanagement müssen wir Flächen entsiegeln und eine Grüngeläude-Initiative ins Leben rufen, die durch Dach- und Fassadenbegrünung auch das städtische Klima positiv beeinflusst.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
92.	<p>Fachausschuss Umwelt Seite 52, Zeile 23 -25</p> <p><i>Streiche:</i> Darüber hinaus unterstützen wir die Initiative des Urban Gardenings. Berlinerinnen und Berliner lieben das Grün in ihrer Stadt. Sie bringen sich durch ihr ehrenamtliches Engagement direkt vor Ort ein, um das Straßenbild vor ihrer Haustür zu verschönern.</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Wir freuen uns, dass viele Berlinerinnen und Berliner mehr Verantwortung für die Gestaltung ihres Wohnumfeldes übernehmen und sich ehrenamtlich vor Ort einbringen. Wir unterstützen deshalb Initiativen zum Urban Gardening in Kiezen und Parks und bemühen uns, diese Bürgeraktivitäten durch Beratung auf Landes- und Bezirksebene und durch zusätzliche Sachmittelförderung (FEIN-Programm) weiter auszubauen.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
93.	<p>KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 52 Zeile 27: <i>Füge ein:</i> Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm (KSSP)</p> <p>Das von uns aufgelegte Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm (KSSP) wird fester Bestandteil im Haushalt, außerdem werden wir den bisherigen Betrag um 2,5 Millionen Euro erhöhen.</p> <p>Begegnungsplätze für alle Altersgruppen schaffen</p> <p>In einer wachsenden Stadt ist es wichtig, öffentliche Plätze mit einem kostenlosen Freizeitangebot für alle Menschen und alle Altersklassen zu schaffen. Menschen in einer Stadt müssen sich begegnen und aufhalten können, damit ein soziales Miteinander funktionieren kann. Darum möchten wir neben den herkömmlichen Spielplätzen für Kinder, auch Plätze mit einem altersübergreifenden Angebot schaffen. Es kann hier bspw. Tischtennisplatten, Tische mit Schach- und Backgammonangebot, Kletter-, Skater-, BMX oder Fitnessangebote geben.</p>	<p>Neufassung: Die Sanierung von Kitas und Spielplätzen verstetigen wir. (K)</p>
94.	<p>Fachausschuss Umwelt Seite 52, Zeile 26 <i>Füge ein:</i> Trotz notwendiger Bautätigkeiten und anderer Herausforderungen, wie z.B. die Folgen des Klimawandels werden wir uns dafür einsetzen, dass unsere einzigartige urbane Natur, wie z.B. Moore, Gewässer und Wälder und die Artenvielfalt mit ihrer international anerkannten Biodiversität geschützt und bewahrt bleiben. Sie sind unsere Basis für eine gute Lebensqualität in der Stadt.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
95.	KDV Treptow-Köpenick Seite 53, Zeile 2 <i>Füge ein nach dem ersten Satz:</i> Wir wollen das Miteinander von Mensch und Tier in der Großstadt fördern, z. B. durch artenschutzrechtliche Maßnahmen an Gebäuden (z.B. Nistkästen, Dachbegrünung).	Ablehnung (K)

<p>96.</p>	<p>Fachausschuss Umwelt Seite 53, Zeile 3-4 <i>Dazu gehört ein bundeseinheitliches, im Tierschutzgesetz verankertes Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen, um wirkungsvoller gegen Tierschutzverstöße vorgehen zu können.</i></p> <p><i>Kommentar:</i> Die Regierungskoalition versagt ein bundeseinheitliches Verbandsklagerecht; wir haben es aber in einigen, inzwischen 8, Bundesländern verankert. Eine Initiative des Berliner Abgeordnetenhauses erscheint daher sinnvoll.) Wir wünschen, dass die Berliner SPD einen eigenen Anlauf unternimmt.</p> <p>Zeile 6 -8</p> <p><i>Gemeinsam mit den Berliner Universitäten werden wir eine Initiative für Alternativen zu Tierversuchen starten und die Entwicklung tierversuchsfreier Forschungsmethoden weiter vorantreiben.</i></p> <p><i>Kommentar:</i> Nach Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses, auf Initiative des Abgeordneten Daniel Buchholz und des Berliner Tierschutzbeauftragten, richtete die FUB in 11.2015 Berlins erste Universitätsprofessur zur Erforschung von Alternativen für Tierversuche ein, die 2016 besetzt werden soll. Der Senat fördert dies mit einer Anschubfinanzierung von 400.000 €. Unsere Sorge ist, dass die nicht lange reicht. Diese neue Einrichtung muss dauerhaft abgesichert werden, spezielle Lehrangebote im Bereich der biomedizinischen Studiengänge sind zu schaffen (LV 8.2). Der Genosse Apel erinnert daran, dass dieser zarten Pflanze "Einschränkung von Tierversuchen" aktuell der Bau von zwei gewaltigen Tierversuchslaboren für mehr als 60 Mio. Euro gegenübersteht, der die „Verwirklichung eines effektiven Tierschutzes“ doch deutlich relativiert.</p>	<p>Ablehnung (K)</p> <p><i>Anmerkung:</i> <i>Passage zu Tierschutz und Kleingärten bereits auf der Klausurtagung des LV angepasst.</i></p> <p><i>siehe Seite 53</i></p> <p>Die SPD setzt sich für die Verwirklichung eines effektiven Tierschutzes ein. Ziel unserer Tierschutzpolitik ist eine artgerechte Tierhaltung, die unnötiges Töten vermeidet und Schmerz- und Stressrisiken für die Tiere ausschließt. Dazu gehört ein bundeseinheitliches, im Tierschutzgesetz verankertes Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen, um wirkungsvoller gegen Tierschutzverstöße vorgehen zu können. Gemeinsam mit den Berliner Universitäten werden wir eine Initiative für Alternativen zu Tierversuchen starten und die Entwicklung tierversuchsfreier Forschungsmethoden weiter vorantreiben. Ziel ist es, spezielle Lehrangebote für Studierende im Bereich der biomedizinischen Studiengänge zu schaffen. Darüber hinaus sprechen wir uns auf Bundesebene für ein Verbot von Wildtieren in Zirkussen aus.</p>
------------	--	--

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
	<p><i>Zur Passage insgesamt:</i></p> <p>Es fehlen alle Bemühungen, Tierschutzfragen, die derzeit der Stadt unter den Nägeln brennen, verträglich zu regeln: Hund, Katze, Taube, Kutschpferd, Löwe, entlaufene Giftschlange...</p> <p>Und es fehlt das Versprechen, dem verdienstvollen Berliner Tierschutzverein die Kosten zu erstatten, die das Land ihm mit der Tiersammelstelle aufbürden will.</p>	
97.	<p>Fachausschuss Stadt des Wissens Seite 54, Zeile 7 <i>Füge ein:</i> Damit alle jungen Menschen dieses Ziel erreichen können, werden wir weiter daran arbeiten, die Abhängigkeit schulischen Erfolgs von der sozialen Herkunft drastisch zu verringern.</p>	<p>erledigt (K) auf Seite 54 steht bereits: Chancengleichheit bedeutet für uns, dass alle Kinder dieselben Bildungschancen haben, unabhängig davon, woher sie kommen oder in welcher sozialen und finanziellen Lage sich ihre Familie befindet.</p>
98.	<p>KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 55, Zeile 4 <i>Füge ein:</i> Um das zu gewährleisten, setzen wir uns für einen Personalschlüssel ein, der sowohl individuelle Betreuung als auch verstärkten Teilungsunterricht erlaubt.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>
99.	<p>AG Selbst Aktiv Seite 55, Zeile 15 <i>Füge ein:</i> Das System von Integrationskitas muss darum ausgebaut und langfristig zum Regelfall werden. Ausreichendes Fachpersonal ist dabei unabdingbar. So findet auch vorbeugende Schulinklusion statt! Sie stärkt die Zukunft der Kinder und vereinfacht die pädagogische Arbeit in den Schulen.</p>	<p>Erledigt (K) auf Seite 57 steht bereits: <i>Integration und Inklusion sind gelebte Realität in unseren Kindertageseinrichtungen. Wir wollen, dass jedes Kind, gleich welcher Hautfarbe, Herkunft oder Beeinträchtigung gleiche Chancen und individuelle Förderung erhält.</i></p>
100.	<p>Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 55, Zeile 20 <i>Füge ein:</i> Die öffentlichen Kitas sollen neben denen in freier Trägerschaft ihren festen Platz in unserer Kitalandschaft behalten.</p>	<p>Annahme (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
101.	KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 55, Zeile 24 <i>Füge ein:</i> Um Eltern vom Druck der immer früheren Kitaplatzsuche zu befreien, schaffen wir gemeinsam mit den Trägern der Kitas einheitliche Regeln für die Anmeldung von Kindern in Kitas.	Ablehnung (K)

<p>102.</p>	<p>KDV Lichtenberg (überwiesen von Antragskommission) Ergänzung Zeile 56, Zeile 5 Die SPD Berlin und die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senates sollten die Mitgliederbefragung aus dem Jahre 2015 in ihrem Handeln berücksichtigen. In dieser Befragung wurde sich deutlich für eine Qualitätssteigerung im Kitabereich ausgesprochen, bevor es zur Reduzierung von Beiträgen bzw. eine Ausweitung der Kostenfreiheit im Kitabereich kommt. Die SPD Berlin soll sich daher zuerst um eine Verbesserung der Qualität im Kitabereich einsetzen, bevor es zu einer Ausweitung der Beitragsfreiheit kommt. In Bezug auf die Qualitätsentwicklung sollten vor allem die folgenden Punkte angegangen und verbessert werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Betreuungsschlüssel in Berlin gesetzlich senken • Verbesserung der Bezahlung von Erzieherinnen und Erzieher • Schaffung von flexibleren Kitazeiten und Anpassung an die Arbeitszeiten der Eltern in unserer Stadt Berlin • Flächendeckender Ausbau von Zusatzangeboten (Sportkurse, Sprachkurse, musikalische Früherziehung und andere) für alle Kinder • Schaffung von weiteren Kitas in kommunaler Trägerschaft, um die Steuerungselemente des Landes und der Bezirke auszubauen • Ausbau der Familienzentren an den Kitas • Stärkere Besetzung der Jugendämter, so dass KITAScheine schneller bearbeitet und ausgegeben werden können • Ganztagesangebote auch für Kinder von Transferleistungsbeziehenden 	<p><i>erledigt (K)</i> <i>Forderungen bereits im</i> <i>Bildungskapitel (Seiten 54 bis 72)</i> <i>enthalten</i></p>
--------------------	---	---

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
103.	<p>Jusos Seite 56, Zeile 11: <i>Füge ein:</i> Wir wollen des Weiteren ein Kontingent für Flüchtlingskinder in Kindertagesstätten, damit die Eltern eine gleichberechtigte Chance auf Kitaplätze erhalten.</p>	<p>Ablehnung (K) <i>Anmerkung: siehe auch Antrag 38/II/2015 LPT</i></p>
104.	<p>KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 56, Zeile 27 <i>Füge ein:</i> Unser Ziel ist es, dass auch diejenigen Berliner Mütter und Väter, die abends und nachts arbeiten müssen, z.B. in der Gastronomie oder im Einzelhandel, auf eine verlässliche Kinderbetreuung während ihrer Arbeitszeiten zurückgreifen können.</p>	<p>Erledigt (K) <i>auf Seite 56 f. steht bereits:</i> <i>Viele Kitas bieten Früh –und Spätöffnungszeiten an, ebenso können mit dem Angebot der ergänzenden Kindertagespflege arbeitszeitbedingte Betreuungserfordernisse flexibel abgedeckt werden. Aber wir wollen noch mehr: Deshalb werden wir das Modellprojekt „familiennahe Betreuung“ im elterlichen Haushalt außerhalb von Kitaöffnungszeiten bei entsprechendem Bedarf einführen und die Wirtschaft als Partner einbinden.</i></p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
105.	<p>AG BezirksbürgermeisterInnen Seite 57, nach Zeile 9 <i>Füge ein:</i></p> <p>SPD vor Ort – gute Politik in den Bezirken</p> <p>Die SPD steht für gute Politik im Land Berlin und in den Berliner Bezirken. Wir werden die Bezirke stärken, denn sie sind die Orte in denen die Bürgerinnen und Bürger öffentliche Leistungen in Anspruch nehmen. Deshalb stellt die SPD die notwendigen Mittel und das notwendige Personal für bürgernahe Entscheidungen und Dienstleistungen bereit.</p> <p>Eine leistungsstarke und bürgerfreundliche Verwaltung benötigt ausreichend Mitarbeiter. Die SPD wird deshalb den Personalabbau beenden und den Aufgaben angemessene Stellen einrichten und finanzieren.</p> <p>In den Bezirken nehmen die Bürgerämter dabei eine herausragende Position ein. Dazu ist es erforderlich, die Bürgerämter personell, sachlich und strukturell so auszustatten, dass lange Wartezeiten der Vergangenheit angehören.</p> <p>Gute Schulen sind die Voraussetzung für die Berufs- und Lebenschancen der Kinder und Jugendliche. Zu guten Schulen gehört der bauliche Zustand der Schulen. Die SPD hat deshalb das Schul- und Sportstätten-sanierungsprogramm verdoppelt und die Zuweisung für baulichen Unterhalt an die Bezirke um 20 Prozent erhöht. Damit können die Bezirke denn baulichen Zustand der Schulen verbessern.</p> <p>Die Stellenzahl für die Schulsozialarbeit wurde angehoben, um die Arbeit von Lehrkräften und Erzieherinnen der sozialen Situation der Schülerinnen und Schüler gemäß zu unterstützen. Diese Stellen sollen dauerhaft gesichert werden.</p>	<p><i>erledigt</i> (K)</p> <p><i>Schulsozialarbeit bereits erwähnt auf Seite 84, Zeile 16</i></p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
	<p>Die Arbeit der Schulbibliotheken wird von der SPD als wichtig angesehen. Die Möglichkeit in den Schulen Kindern und Jugendlichen Leseangebote zu machen wird auch künftig unterstützt.</p> <p>Die Überlassung der Sporthallen und Sportflächen ohne Mietkosten für die Sportvereine bleibt eine wichtige Haltung der SPD. Die Sanierung und Errichtung neuer Sportstätten werden durch die Bereitstellung finanzieller Mittel unterstützt.</p> <p>Die SPD bekennt sich ausdrücklich zum Berliner Kleingartenwesen. Auch in der wachsenden Stadt Berlin werden wir in ausreichendem Maße Flächen für Kleingärten bereithalten und planungsrechtlich absichern.</p>	<p><i>Schulbibliotheken bereits erwähnt auf Seite 62, Zeile 28</i></p> <p><i>Sporthallen bereits erwähnt auf Seite 104, Zeile 7</i></p> <p><i>Kleingärten bereits erwähnt auf Seite 53, Zeile 12</i></p>
106.	<p>Kreis 06, Steglitz-Zehlendorf Abteilung 04, Lichterfelde Ost und Süd Seite 57, Zeile 10 <i>Füge ein:</i> Von einer flexiblen und individuellen Betreuung sollen ebenfalls diejenigen Kinder profitieren, die die Schulfähigkeit noch nicht erreicht haben.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>
107.	<p>KDV Mitte <i>(überwiesen von LPT Antrag 105/I/2015)</i> Seite 58, Zeile 3 <i>Füge ein:</i> Die Personalausstattung im schulpsychologischen Dienst wird an die neuen Anforderungen angepasst</p>	<p>Erledigt (K)</p> <p><i>Auf Seite 58 steht: Wir wollen den schulpsychologischen Dienst verstärkt ausbauen. Diagnostik, Therapie und Beratung haben insbesondere bei der Inklusion und bei der Beschulung traumatisierter Flüchtlingskinder eine große Bedeutung.</i></p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
108.	<p>KDV Mitte Seite 59, Zeile 2 <i>Füge ein nach „mitgestalten“:</i> Deshalb wollen wir auch Wege in die demokratische Beteiligung der SchülerInnen in den Schulen gehen.</p>	<p>Erledigt (K) <i>auf Seite 58 f. steht bereits: Beteiligung von Schülerinnen und Schülern an den Entscheidungsstrukturen in ihren Schulen und auf Landesebene haben wir in dieser Legislaturperiode gestärkt. Dies wird auch weiterhin ein wichtiges Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik sein. Es ist uns ein besonderes Anliegen, dass Schülerinnen und Schüler bereits früh lernen, mit demokratischen Strukturen umzugehen, um ihre Lebenswelt mitzugestalten.</i></p>
109.	<p>Fachausschuss Stadt des Wissens Seite 59 <i>Streiche:</i> Zeilen 16 bis 18 Die Gemeinschaftsschule, die momentan an 24 Schulen erprobt wird, soll mit dem Ende der Pilotphase einen festen Platz in der Berliner Schullandschaft erhalten und im Schulgesetz verankert werden."</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Die Gemeinschaftsschule, die momentan an 24 Schulen erprobt wird, soll mit dem Ende der Pilotphase einen festen Platz in der Berliner Schullandschaft erhalten: wir werden die Gemeinschaftsschulen als Schulart im Schulgesetz verankern und dafür sorgen, dass sich weiterhin Schulen aller Schularten bewerben können, Gemeinschaftsschule zu werden.</p>	<p>Annahme (K)</p>
110.	<p>Jusos Seite 59, Zeile 24 <i>Füge ein nach „Wir werden daher mit den Hochschulen darauf hinwirken dass eine bedarfsgerechte Ausbildung im Lehramt“:</i> inklusive der Bereitstellung der benötigten Anzahl von Referendariatsplätzen, erreicht wird.</p>	<p>Annahme (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
111.	Abteilung 12 Friedrichshain-Kreuzberg Seite 59, Zeile 26 <i>Füge ein:</i> Die Ausbildung im berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst der Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger soll zukünftig die gleiche wie bei Referendarinnen und Referendaren sein.	Ablehnung (K)
112.	KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 60, Zeile 3 <i>Füge ein:</i> Des Weiteren entwickeln wir ein Modell, dass den Berufseinstieg an Berliner Schulen für Junglehrer besonders attraktiv macht.	erledigt (K) <i>auf Seite 59 steht bereits: Berlin muss für junge angestellte Lehrkräfte attraktiv bleiben. Wir werden daher mit den Hochschulen darauf hinwirken dass eine bedarfsgerechte Ausbildung im Lehramt erreicht wird.</i>
113.	AG Selbst Aktiv Seite 60, Zeile 5 <i>Füge ein:</i> Zu einer inklusiven Gesellschaft gehört auch ein inklusives nicht segregierendes, Bildungssystem, das jeder Schülerin und jedem Schüler individuelle Bildungschancen bietet. Die inklusive Schule ist ein deshalb Schwerpunkt der bildungspolitischen Arbeit der SPD. Schulbauten müssen inklusives Unterrichten ermöglichen. Dies bedeutet nicht nur das Herstellen von Barrierefreiheit und die Einrichtung angemessener Vorkehrungen für einzelne Schüler/innen, sondern auch die Bereitstellung von Ruhe-, Bewegungs- und Gruppenräumen.	Erledigt (K) Auf Seite 57 steht bereits: <i>Nach bestmöglicher Förderung in der Kita ist es unser Berliner Schulsystem, das allen Kindern und Jugendlichen eine optimale Förderung garantieren und herkunftsbedingte Ungleichheiten abbauen soll.</i>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
114.	<p>Fachausschuss Stadt des Wissens Seite 61, Zeile 23 ff. <i>Streiche:</i> Mit uns wird es eine personelle Verstärkung im 7. Jahrgang (Probejahr) geben, in dem eine erhöhte Förderung und Beratung schwächerer Schülerinnen und Schüler nötig ist. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die Berliner Gymnasien schrittweise zu Ganztagschulen ausgebaut werden. Das System der Begabtenförderung wollen wir evaluieren und möglichst zielgruppengenau ausrichten; Erfahrungen und Ansätze der Begabtenförderung können bei positiver Evaluation auf die Integrierten Sekundarschulen übertragen werden.</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Mit uns wird es eine erhöhte Förderung und Beratung insbesondere schwächerer Schülerinnen und Schüler im 7. Jahrgang (Probejahr) geben. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die Berliner Gymnasien schrittweise zu Ganztagschulen ausgebaut werden.</p>	<p><i>Annahme Neufassung des Satzes auf Seite 61, Zeile 29f.</i></p> <p>Erfahrungen und Ansätze der Begabtenförderung können bei positiver Evaluation in die bestehenden Angebote der Integrierten Sekundarschulen eingebunden werden.</p> <p>(K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
115.	<p>KDV Lichtenberg (überwiesen von Antragskommission) Ergänzung Seite 62, Zeile 1</p> <p>Im Zuge des Programms #DigitalLeben des Parteivorstandes der SPD werden die Berliner SPD, die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das digitale Leben an den Berliner Schulen und die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer im Bereich der digitalen Medien ausgebaut werden. Dazu gehören vor allem die folgende Bereiche und die Umsetzung der folgenden Forderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Es muss gesichert sein, dass Lehrmittelfirmen über die von ihnen vertriebenen Programme keinen Zugang zu Daten über Schülerinnen und Schüler erhalten können, auch nicht zu statistischen Zwecken. • Auch die Schule darf keine elektronisch gesammelten Daten über Schülerinnen und Schüler speichern und damit beispielsweise Lernprofile der Schülerinnen und Schüler sammeln. • Alle Berliner Schulen sind gänzlich mit interaktiven Whiteboards auszustatten, welche auch einen inklusiven Unterricht ermöglichen. Die Fortbildung an elektronischen Medien ist geräte- und firmenunabhängig durchzuführen. Dabei soll die Ausstattung auch innerhalb der Schulen weiträumig umgesetzt werden und sich nicht nur auf einige wenige Fachunterrichtsräume beschränken. Überall dort, wo der Einsatz von Whiteboards die Vermittlung von Lerninhalten unterstützen kann, sollen diese auch eingesetzt werden. 	<p><i>erledigt (K)</i></p> <p><i>Anmerkung: siehe Kapitel zu „Modernen Schulen“ ab Seite 62</i></p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
	<ul style="list-style-type: none">• Das Fach ITG soll an die aktuellen Bedarfe der Schülerinnen und Schüler angepasst werden und diese insbesondere im alltäglichen Umgang mit den Informationen zu schulen, die sie dort konsumieren und mit welchen sie agieren, B. Datensicherheit, Cybermobbing etc...• Dazu gehört neben Medienkompetenz auch der Umgang mit den eigenen Daten. Die Erweiterung des Lehrplans ist mit einer entsprechenden Erweiterung des Unterrichtsstundenumfanges zu begleiten, um der gestiegenen Bedeutung des Faches gerecht zu werden. Der Rahmenlehrplan ist in diesem Bereich umgehend anzupassen und jährlich auf Aktualität zu überprüfen.• Der Berliner Senat und das Berliner Abgeordnetenhaus sollen auf die Kultusministerkonferenz einwirken, sodass ein Bildungsziel für alle Unterrichtsfächer aufgenommen wird, welches den Bereich der Befähigung zum selbstbestimmten verantwortungsvollen, kritischen und kreativen Umgang mit digitalen Medien und Dienstleistungen umfasst.	

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
116.	<p>Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 62, Zeile 8-9</p> <p>Streiche: <i>Die weitere Sanierung und in der wachsenden Stadt auch der neubau- und Ausbau von Schulen sind und bleiben eine Herausforderung, der wir uns stellen.</i></p> <p>Füge stattdessen ein: Schulbau und Sanierung</p> <p>Die SPD wird neben der nachhaltigen Absicherung des notwendigen Bauunterhalts für Schulen ein Sonderprogramm auflegen, mit dem der notwendige Neu- und Ausbau von Schulen angesichts der wachsenden Schülerzahlen abgesichert wird. Wir benötigen in der nächsten Legislaturperiode eine Vielzahl neuer Schulen in fast allen Bezirken. Um insbesondere den Neubau bedarfsgerecht bis 2021/22 zu realisieren, werden wir die Planungs- und Bauverfahren ähnlich wie in anderen Großstädten so beschleunigen, dass die bisherigen Zeiten halbiert werden.</p>	<p>Annahme</p> <p>(K)</p>
117.	<p>KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 62, Zeile 3</p> <p>Füge ein:</p> <p>Die Sanierung der Berliner Schulen und die Schaffung bedarfsdeckender Schulplätze in allen Bezirken hat für uns in den nächsten Jahren absolute Priorität. Unser Ziel ist es, den bestehenden Sanierungsstau in den nächsten 10 Jahren vollständig abzubauen. Insbesondere wollen wir in einem Sofortprogramm die Schultoiletten in allen Berliner Schulen wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand versetzen.</p>	<p><i>erledigt durch Annahme des Antrages Nr. 116 Steuerungsgruppe Wahlprogramm</i></p> <p>(K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
118.	KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 62, Zeile 9 <i>Füge ein:</i> Das Bevölkerungswachstum macht es notwendig, viele neue Schulgebäude zu errichten, in denen unsere Kinder unter guten Bedingungen lernen können. Derzeit dauert es durchschnittlich neun Jahre vom Planungsbeginn bis zur Eröffnung einer neuen Schule. Auch die Sanierung von Schulen dauert oft zu lange. Das wollen wir ändern und den Bau sowie die Sanierung von Schulen deutlich beschleunigen.	<i>erledigt durch Annahme des Antrages Nr. 120</i> (K)
119.	KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 62, Zeile 30 <i>Füge ein:</i> Gute Partnerschaft mit den Berliner Lehrerinnen und Lehrer Um diese Ziele erreichen zu können, setzen wir auch in Zukunft auf die Erfahrungen und Fähigkeiten der Berliner Lehrerinnen und Lehrer. Ihre Funktion als wichtiges Bindeglied für eine moderne und leistungsfähige Berliner Schullandschaft gilt es zu stärken.	Annahme Neufassung Steuerungsgruppe Wahlprogramm <i>Füge ein auf Seite 54, Zeile 9:</i> Die hervorragende Arbeit unserer gut ausgebildeten Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer ist dafür die wichtigste Grundlage. (K)
120.	Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 62, Zeile 9 <i>Füge ein:</i> Das Bevölkerungswachstum macht es notwendig, viele neue Schulgebäude zu errichten, in denen unsere Kinder unter guten Bedingungen lernen können. Derzeit dauert es durchschnittlich neun Jahre vom Planungsbeginn bis zur Eröffnung einer neuen Schule. Auch die Sanierung von Schulen dauert oft zu lange. Das wollen wir ändern und den Bau sowie die Sanierung von Schulen deutlich beschleunigen. Die derzeitigen Verfahren und Abläufe müssen in diesem Zusammenhang in Frage gestellt und überprüft werden.	Annahme (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
121.	<p>Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 64 <i>Streiche:</i> Zeile 4 bis 7 (Passage zu Familienzentren)</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Wir werden weitere Familienzentren und Familienbüros als lokaler Ansprechpartner schaffen, um die Zugänge zu frühen Hilfen, Familienbildungsmaßnahmen und anderen Unterstützungssystemen für junge Familien zu verbessern.</p>	<p>Annahme</p> <p>(K)</p>
122.	<p>Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 64, Zeile 7 <i>Füge ein:</i> Eine ressortübergreifende Strategie gegen Kinderarmut ist konsequent und gezielt umzusetzen. Kinder dürfen nicht in Armut aufwachsen und einkommensarme Familien müssen gezielt unterstützt werden.</p>	<p>Annahme</p> <p>(K)</p>
123.	<p>Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 64, Zeile 26 <i>Füge ein (nach "...Servicestelle Berliner Volkshochschulen an."):</i> Wir werden in der kommenden Legislatur ein Berliner Weiterbildungsgesetz auf den Weg bringen.</p>	<p>Annahme</p> <p>(K)</p>
124.	<p>Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 65, Zeile 3 <i>Füge ein:</i> Die Musikschulen nehmen, auch laut Schulgesetz, einen öffentlichen Auftrag wahr. Sie sind wichtiger und integraler Bestandteil der Berliner Bildungslandschaft. Wir wollen die Musikschulen mit ihren bildungspolitischen, sozialpolitischen und kulturellen Aufgaben stärken. Die Musikschulen sollen den chancengleichen Zugang für jede Bürgerin und jeden Bürger weiterhin sichern.</p>	<p>Annahme</p> <p>(K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
125.	Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 65, Zeile 13 <i>Füge ein:</i> Zur Verstetigung der Impulse werden wir die im Bereich der integrierten Sekundarschule bereits bestehenden, kostenfreien Kooperationsangebote mit Musikschulen auf weitere Schularten übertragen.	Annahme (K)
126.	Fachausschuss Stadt des Wissens Seite 65, Zeile 16 <i>Füge ein:</i> Daher werden wir die Bereiche Wissenschaft und Forschung, um ihrer Einheit gerecht zu werden, wieder in einer Senatsverwaltung zusammenfassen.	Ablehnung (K)
127.	Fachausschuss Stadt des Wissens Seite 65, Zeile 21 <i>Füge ein:</i> Damit dies auch künftig erreicht wird, werden wir auch weiterhin eine Erhöhung der Studierendenzahlen sicherstellen.	<i>erledigt (K)</i> <i>auf Seite 67 steht bereits:</i> <i>Den vor Jahren eingeschlagenen Kurs wollen wir fortsetzen und streben daher auch eine weitere Erhöhung der Studienanfängerplätze an.</i>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
128.	<p>Fachausschuss Stadt des Wissens Seite 65, Zeile 23 <i>Füge ein:</i></p> <p>Wir wollen in Verbindung mit der Entwicklung eines modernen und transparenten Controllings die demokratischen Teilnahmemöglichkeiten absichern und die direkte Einbeziehung der gesellschaftlichen Gruppen in die Hochschulentwicklung sicherstellen. Alle im Bildungssystem müssen im Rahmen gleichberechtigter Teilhabe an den Entscheidungsfindungen und Umsetzungen wieder beteiligt werden.</p> <p>Dies bedeutet auch für die Studierenden wie für die Lehrenden, dass ihre Verpflichtung zu Mitgestaltung der demokratischen Hochschulen einhergehen muss mit der Schaffung von ausreichenden Möglichkeiten der Mitgestaltung neben Beruf und Studium. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die aktive demokratische Mitwirkung sich positiv auf Studien und Beruf auswirkt. Die entsprechenden Änderungen des Berliner Hochschulgesetzes können wollen wir zur Sicherstellung der Rechtssicherheit und Verlässlichkeit erreichen.</p> <p>(u.a. Umsetzung der notwendigen Änderungen u.a. aufgrund von Entscheidungen des BAG / VerfGH /OVG BB)</p>	Antrag zurückgestellt

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
129.	<p>Abteilung 11/02 Alt-Hohenschönhausen Seite 67, Zeile 6 <i>Füge ein (neuer Abschnitt):</i> Nicht erst seit dem Pariser Klimagipfel steht fest: Städte wie Berlin müssen sich den großen Herausforderungen wie Klimawandel, Armutsbekämpfung oder dem Erhalt lebenswerter städtischen Räume stellen. Wir brauchen dafür wissenschaftlich innovative und praxistaugliche Lösungen. Wir sind mit der vielfältigen Landschaft der gemeinnützigen Berliner Institute der Nachhaltigkeitsforschung seit Jahrzehnten bundesweit Vorreiter. Wir werden die Förderung dieser Institute ausbauen, um soziale und wirtschaftliche Potenziale einer klimaneutralen, umweltgerechten und zukunftsfähigen Metropole zu erschließen.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>
130.	<p>KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 67, Zeile 7 <i>Füge ein hinter „Studienanfängerplätze an“:</i> Dabei werden wir darauf achten, dass sich der Betreuungsschlüssel (Zahl der Studierenden pro Dozent) nicht verschlechtert. Die Hochschulen werden wir so ausstatten, dass sie ihre Studieninfrastruktur (Computerarbeitsplätze, Bibliotheksbestände, Unterrichtsräume) bedarfsgerecht entsprechend ausbauen können.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>
131.	<p>Fachausschuss Stadt des Wissens Seite 67, Zeile 23 <i>Füge ein:</i> Der Hochschulzugang darf auch deshalb in keinem Bereich von der finanziellen Möglichkeit der Studienbewerber*innen abhängig sein. Finanzielle Hürden, wie zurzeit durch den Bewerbungszwang über uni-assit, sind in allen Stadien der Verfahren abzuschaffen.</p>	<p>Annahme (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
132.	KDV Mitte Seite 67, Zeile 23 <i>Streiche:</i> <i>Zudem wollen wir Alternativen zu einer Mitgliedschaft der Hochschulen bei uni-assist e. V. prüfen.</i> <i>Füge stattdessen ein:</i> Wir wollen die Zusammenarbeit mit und in uni assist e.V. beenden.	<i>erledigt durch Annahme von Antrag Nr. 131</i> (K)
133.	KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 69, Zeile 13 <i>Füge ein:</i> Dazu werden wir die Charité mit den erforderlichen Mitteln ausstatten. Als öffentlicher Arbeitgeberin kommt der Charité eine Vorbildfunktion zu. Deshalb werden wir darauf hinwirken, dass Ausgründungen der Charité, wie bspw. die Charité Facility Management, wieder in die Charité zurückgeführt werden. Bis dahin sind Beschäftigte in den Ausgründungen nach denselben tariflichen Bestimmungen zu beschäftigen und zu bezahlen wie Beschäftigte der Charité.	<i>Erledigt (K)</i> <i>Passage zur Charité auf Seite 69 bereits sehr ausführlich</i>
134.	Abteilung 5 Mitte Seite 70, Zeile 3 <i>Füge nach „den bundesweit weiterhin einmaligen studentischen Tarifvertrag begrüßt die SPD Berlin als wichtige Säule guter Arbeit an den Hochschulen“ ein:</i> und wird sich daher für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Tarifvertrages der studentischen Beschäftigten im Land Berlin einsetzen.	Annahme in geänderter Fassung: Gleichzeitig setzen wir uns für eine weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten ein. (K)
135.	KDV Treptow-Köpenick/Jusos Seite 70, Zeile 14 <i>Streiche:</i> Bafög-Höchstsat <i>Füge stattdessen ein:</i> Bafög-Satz	Annahme (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
136.	<p>Fachausschuss Stadt des Wissens Seite 71, Zeile 9 – 15 <i>Streiche:</i> Berlin hat bundesweit den höchsten Anteil von Professorinnen. Das ist ein Erfolg sozialdemokratischer Wissenschaftspolitik. Der weitere Ausbau dieser Chancengleichheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung des gesamten Wissenschaftsbereiches. Die gleiche Repräsentation der Geschlechter auf allen Ebenen der Hochschulen soll dementsprechend weiter ausgebaut werden.</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Mehr Wissenschaftlerinnen in den letzten Jahren auch für Professuren gewonnen zu haben ist ein Erfolg sozialdemokratischer Wissenschaftspolitik. Dennoch drückt das immer noch vorhandene Missverhältnis der Geschlechter die fehlende Chancengleichheit für Frauen aus. Der weitere Ausbau dieser Chancengleichheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung des gesamten Wissenschaftsbereiches.</p> <p>Die gleiche Repräsentation der Geschlechter auf allen Ebenen der Hochschulen soll mithilfe eines effektiveren Instrumentes als das derzeit angewandte Kaskadenmodell verfolgt werden. Es müssen insbesondere Rekrutierungsmaßnahmen und Nachwuchsförderung nach Gleichstellungsaspekten erfolgen sowie Gender-Professuren in der Lehre ein fester Bestandteil sein. Über die bisherigen Hochschulverträge hinaus soll die geschlechtsbewusste Haushaltsführung durch Gender Budgeting festgeschrieben werden.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>
137.	<p>KDV Mitte Seite 71, Zeile 15 <i>Füge ein nach „Aus“:</i> Wir wollen eine Quote bei der Besetzung von ProfessorInnenstellen.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
138.	AG Selbst Aktiv Seite 73, Zeile 10 <i>Füge ein:</i> Dazu gehört auch der weitere Ausbau der Barrierefreiheit, damit alle Berliner Kulturangebote allen Menschen offenstehen. Hier gibt es noch erhebliche Defizite, die wir beseitigen wollen. Denkmalschutz und Barrierefreiheit dürfen dabei nicht als unüberwindbare Gegensätze begriffen werden.	Annahme Neufassung des Satzes auf Seite 75, Zeile 19ff. Wir arbeiten stetig daran, allen Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen. Die Institutionen müssen für jeden offen sein und Barrieren abbauen, unabhängig vom Alter, Einkommen oder Mobilitätseinschränkung , egal ob Geflüchteter oder Ur-Berlinerin bzw. Ur-Berliner. (K)
139.	QueerSozis Seite 73, Zeile 18: <i>Streiche:</i> Zeile 18 bis 22 <i>(Passage zur City Tax)</i> <i>Füge ein:</i> Die SPD setzt sich dafür an, dass die City Tax vom ersten Euro an für Projekte in Kultur, Sport und Tourismusförderung verwendet wird. Einrichtungen, die sich in diesem Bereich besonders für Frauen,-, Migrations,- inklusive und queere Projekte engagieren, die nicht in der Regelfinanzierung sind, werden gezielt berücksichtigt.	Ablehnung (K)
140.	KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 74, Zeile 27 <i>Streiche:</i> Der dringend benötigte Neubau für die Zentral- und Landesbibliothek wird nach einer transparenten Standortentscheidung und dialogorientierten Planung begonnen. <i>Füge ein:</i> Der dringend benötigte Neubau für die Zentral- und Landesbibliothek wird auf dem Kreuzberger Standort der Amerika-Gedenk-Bibliothek in Angriff genommen.	Ablehnung (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
141.	Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 74, Zeile 29 <i>Füge ein:</i> Digitalisierung erleichtert für alle den Zugang zu unserem kulturellen Erbe. Daher wird die begonnene spartenübergreifende Strategie zur Digitalisierung des kulturellen Erbes des Landes Berlin intensiviert. Dabei setzt sich die Berliner SPD, im Rahmen des geltenden Rechts, für die umfassende und nachhaltige Nachnutzbarkeit von digitalem Kulturgut unter Freien Lizenzen ein.	Annahme (K)
142.	Fachausschuss Stadt des Wissens Seite 75, Zeile 16 <i>Füge ein:</i> Wir lehnen es ab, dass die Grundstücke der Museen in Dahlem verkauft und einer kulturellen Nutzung dauerhaft entzogen werden. Im Rahmen von interaktiver Museumsarbeit könnten auch wissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden anschaulich dargestellt werden und damit das Interesse von Jung und Alt an Wissenschaft ausbauen. Wir laden die Bürgerinnen und Bürger zu einer Diskussion über die auch museale Nachnutzung ein.	Ablehnung (K)
143.	AG Selbst Aktiv Seite 75, Zeile 21 <i>Füge ein nach „Die Institutionen müssen für jeden offen sein und Barrieren abbauen, unabhängig vom Alter 20 oder Einkommen, egal ob Geflüchteter oder Ur-Berlinerin bzw. Ur-Berliner“:</i> Dazu gehört auch die Barrierefreiheit, um allen Menschen eine Teilnahme an den Weiterbildungsangeboten zu ermöglichen.	<i>erledigt durch Neufassung Antrag Nr. 138</i> (K)
144.	Jusos Seite 76, Zeile 22 <i>Füge ein:</i> Hierzu zählt auch die Einrichtung von Gedenkstätten zu Berliner Konzentrationslagern wie dem KZ Columbiahaus.	Ablehnung <i>Anmerkung:</i> <i>Passage zum Columbiahaus wurde bereits auf der LV-Sitzung vom 8.2. abgelehnt.</i> (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
145.	KDV Mitte Seite 76, Zeile 22 <i>Füge ein:</i> Die Berliner Sozialdemokraten werden nach der Wahl einen Antrag im Parlament einbringen, Paul von Hindenburg aus der Berliner Ehrenbürgerliste zu streichen.	Ablehnung (D) <i>Anmerkung:</i> <i>Beschluss LPT 209/I/2015:</i> <i>Die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses und des Senats von Berlin werden dazu aufgefordert, Paul von Beneckendorff und von Hindenburg so schnell wie möglich aus der Ehrenbürgerliste Berlins zu streichen.</i>
146.	KDV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 76, Zeile 22 <i>Füge ein:</i> Dazu gehört auch, dass wir uns für die Errichtung eines Gedenk- und Lernortes, Tempelhofer Feld' mit Schwerpunkt auf die NS-Zeit unter besonderer Berücksichtigung des Sachstandsberichts des Runden Tisches ,Historische Markierung auf dem Tempelhofer Feld' einsetzen.	Annahme in geänderter Fassung: Dazu gehört auch, dass wir uns für die Errichtung eines Gedenk- und Lernortes, Tempelhofer Feld' mit Schwerpunkt auf die NS-Zeit einsetzen. (K)
147.	QueerSozis/KDV Mitte Seite 76, Zeile 22 <i>Füge ein:</i> Wir wollen in der Mitte unserer Stadt ein Haus der queeren Archive und Museen ermöglichen. Ein Haus in der Tradition der von den Nationalsozialisten vertriebenen Sexualwissenschaftler Magnus Hirschfeld und Johanna Elberskirchen. Ein Haus der Erinnerung, der Forschung und der Bildung, sichtbar und für jedes Publikum prominent. Wir unterstützen die Initiative der in der Initiative Queer Nations zusammenwirkenden schwulen und lesbischen Archive und des Schwulen Museums*. 2019 jährt sich die Gründung des Instituts für Sexualwissenschaft - das 1933 mit der Nazimachtübernahme zerstört wurde- zum 100. Mal. Berlin soll diesen Geburtstag würdig und mit weltweiter Ausstrahlung feiern.	Annahme in geänderter Fassung auf Seite 95, Zeile 3: Deshalb setzen wir uns weiterhin für ein Haus der queeren Archive und Museen ein. Wir unterstützen die Initiative der in der Initiative Queer Nations zusammenwirkenden schwulen und lesbischen Archive und des Schwulen Museums. (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
148.	<p>Kreis 06, Steglitz-Zehlendorf Abteilung 04, Lichterfelde Ost und Süd Seite 78, Zeile 3 <i>Füge ein:</i> Diesen Prozess werden wir durchgehend sozialverträglich gestalten.</p> <p><i>Änderung bezieht sich auf den Satz:</i> Das Land muss politische Vorgaben personell auch so ausstatten, dass ihre erfolgreiche Umsetzung in den Bezirken abgesichert wird. Umgekehrt bedeutet dies jedoch auch, dass Personal wegfällt bzw. abzugeben ist, wenn Aufgaben wegfallen.</p>	<p>Annahme <i>Streichung des Satzes:</i> Umgekehrt bedeutet dies jedoch auch, dass Personal wegfällt bzw. abzugeben ist, wenn Aufgaben wegfallen.</p> <p>(K)</p>

<p>149.</p>	<p>AG Migration und Vielfalt (überwiesen von Antragskommission) Ergänzung Seite 78, Zeile 10</p> <p>Teilhabe von Anfang an! Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus auf, darauf hinzuwirken, dass die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund an den zentralen gesellschaftlichen Bereichen durch die Umsetzung folgender politischer Ideen gestärkt wird:</p> <p>1. Wir fordern die verstärkte Nutzung von Einstiegsqualifizierungen – geförderte betriebliche Praktika – bei Jugendlichen, die keinen Ausbildungsvertrag erhalten. Die Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen wird in diesem Zusammenhang aufgefordert, die Erhöhung der Einstiegsqualifizierungen im entsprechenden Rahmenarbeitsprogramm mit der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg festzuschreiben. Daneben fordern wir ein kraftvolles Programm zur frühzeitigen Arbeitsmarktintegration von Neu-Berlinerinnen und Berlinern. Damit Spracherwerb und Betriebserfahrung Hand in Hand gehen. Beispielgeben hierfür ist das Hamburger Programm „W.I.R.“.</p> <p>2. Wir fordern die Reformierung des Berliner Landesanererkennungsgesetzes. Das Landesanererkennungsgesetz trat im Februar 2014 in Kraft. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass das Beratungsangebot besser wird, insbesondere mit Blick auf die Nachqualifizierung von Personen, deren Abschlüsse eine Teilanerkennung erzielen. Daneben fordern wir, dass die Nachqualifizierung von Personen und die damit einhergehenden Kosten durch ein Landesförderprogramm übernommen werden. Hier kann das Hamburger Modell mit einem Stipendienprogramm beispielgebend sein.</p>	<p><i>erledigt durch Masterplan Integration</i></p> <p>(K)</p>
--------------------	--	---

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
	<p>3. Wir fordern das Recht auf Bildung von Anfang an für geflüchtete. Es ist bildungspolitisch dringend erforderlich die Berufsschulpflicht in Berlin einzuführen, um alle Jugendliche bis 21 Jahre in die Ausbildung zu begleiten zu können. So können auch die geflüchtete Jugendliche von der Jugendberufsagentur betreut werden.</p> <p>4. Wir fordern die Erhöhung der Landesmittel für Sprachkurse für geflüchtete Menschen. Der Rechtsanspruch auf die Teilnahme am Integrationskurs ist unzureichend. Wir wollen die Kurse für alle Asylsuchenden öffnen. Daneben lehnen wir die geplante pauschale Kostenbeteiligung von Asylsuchenden (Asylpaket II) ab. Wir wollen Teilhabe von Anfang an. Daher fordern wir die Kompensation dieser „Strafsteuer“ auf Integrationsmaßnahmen, durch das Land Berlin.</p>	
150.	<p>Abteilung 0498 Wilmersdorf-Nord Seite 78, Zeile 11 <i>Füge ein:</i> Integration wird gelingen, wenn alle gesellschaftlichen Kräfte – das Parlament, die freie Wirtschaft, die Verbände und Institutionen, Wissenschaft und Kultur, Migrantenorganisationen, die Ehrenamtsgesellschaft und die Verwaltungen - dieses Ziel miteinander als Gemeinschaftsaufgabe verfolgen und die Veränderungen in der Gesellschaft aktiv begleiten.</p> <p>Wir werden deshalb einen hochrangigen Steuerungskreis „Migration und gesellschaftliche Zusammenarbeit“ beim Regierenden Bürgermeister initiieren, in dem verantwortliche Vertretungen dieser gesellschaftlichen Akteure und der Verwaltungen ihre Planungen und Aktivitäten zusammenführen. Eine Stiftung „Integration und gesamtgesellschaftliche Entwicklung“ (Vorbild Einstein-Stiftung) wäre anzustreben.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
151.	Abteilung 12/3 (Reinickendorf/Frohnau) Seite 78, Zeile 27 <i>Füge ein:</i> Dazu zählt auch, dass das neue Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten in den Verantwortungsbereich der für Integration zuständigen Senatsverwaltung gehört.	Ablehnung (K)
152.	Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 79, Zeile 18 <i>Streiche:</i> Und wir werden die Bildungsangebote erweitern und verbessern, so dass alle die Möglichkeit haben, sie in Anspruch zu nehmen. <i>Füge stattdessen ein:</i> Wir werden die bestehenden Bildungsangebote erweitern und verbessern, so dass alle die Möglichkeit haben, sie in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Angebote zu schaffen für eine berufsspezifische Sprachförderung während der Ausbildung und beim Start in den Beruf.	Annahme (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
153.	<p>Jusos Seite 81, Zeile 4 <i>Füge ein:</i> Wir tun alles dafür, dass den vielen Geflüchtete, die jeden Tag neu zu uns kommen, so schnell und so gut wie möglich geholfen wird. Sie müssen versorgt werden und brauchen eine menschenwürdige Unterkunft. Für die Unterbringung wollen wir auch Wege beschreiten, die bisher kaum genutzt wurden. Wir werden dafür sorgen, dass die öffentlichen und administrativen Leistungen so schnell wie möglich an die sich stellenden Aufgaben bei der Flüchtlingshilfe angepasst werden. Wir werden alle zur Verfügung stehenden Mittel dafür einsetzen, um die bis weit über ihre eigentlichen Belastungsgrenzen arbeitende Verwaltung besser zu unterstützen, damit der Staat seine Pflicht der Grundversorgung gegenüber geflüchteten Menschen besser wahrnehmen kann. Für alle, die bei der Geflüchtetenhilfe mitanpacken und mithelfen, wollen wir die Arbeit so erleichtern. Das vielfältige Engagement zeigt: Berlin ist eine solidarische Stadt, in der man füreinander da ist.</p>	<p><i>erledigt durch Masterplan Integration</i> (K)</p>
154.	<p>Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 82, Zeile 4 <i>Füge ein:</i> Zentrales Ziel ist die Integration in Arbeit und Ausbildung. Dabei stehen für uns der Schutz und Ausbau guter Arbeit und der Kampf gegen Missbrauch oder Aushöhlung tariflicher Vereinbarungen im Vordergrund.</p>	<p>Annahme (K)</p>
155.	<p>KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 82, Zeile 10 <i>Füge ein nach „erhalten“:</i> Insbesondere beim Personal im Bereich Security werden wir verstärkt darauf achten, dass in den Unterkünften auch weibliches Sicherheitspersonal angestellt wird.</p>	<p>Annahme (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
156.	<p>KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 82 Zeile 24 <i>Füge ein:</i> Wir werden Maßnahmen ergreifen, die zur Demokratisierung der Geflüchtetenunterkünfte und dem Empowerment von Geflüchteten führen. Unser Ziel ist es, die Geflüchteten aktiv in die Gestaltung und Organisation der Unterkünfte einzubinden und durch die Einrichtung von demokratischen Selbstverwaltungsorganen den Geflüchteten eine Stimme zu geben. Denn wir werden weniger über sondern mehr mit Geflüchteten sprechen.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: Wir werden Maßnahmen ergreifen, die zur Demokratisierung der Geflüchtetenunterkünfte und dem Empowerment von Geflüchteten führen. Unser Ziel ist es, die Geflüchteten aktiv in die Gestaltung und Organisation der Unterkünfte einzubinden. (K)</p>
157.	<p>KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 82 Zeile 24 <i>Füge ein:</i> Die Aufnahme der Geflüchteten in den letzten Monaten wäre ohne das ehrenamtliche Engagement vieler tausend HelferInnen aus unserer Stadt nicht möglich gewesen. Sie leisten einen unersetzlichen Beitrag, um die Geflüchteten willkommen zu heißen und zu versorgen. Wir werden die Erfahrungen der ehrenamtlichen Initiativen nutzen und deren Langfristigkeit zu sichern, damit die Unterstützung weg von Nothilfe hin zur nachhaltigen Integration geht. Hierzu gehören hauptamtliche Unterstützung der Ehrenamtlichen und Raumangebote für Initiativen. Die SPD Berlin wird die Einrichtung einer zentralen Kleiderkammer analog des Hamburger Modells prüfen, um Platzangebot für Großspenden und Unterstellmöglichkeiten für zum Beispiel saisonal bedingt nicht benötigte Spenden anbieten zu können. Zudem werden wir ein Weiterbildungsangebot zu interkulturellen Kompetenzen und Angebote einer Supervision für Ehrenamtliche schaffen, die sich regelmäßig engagieren.</p>	<p><i>erledigt</i> <i>auf den Seiten 105 bis 106 gibt es ein ganzes Kapitel zum Thema Ehrenamt</i> (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
158.	KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 82 Zeile 24 <i>Füge ein:</i> Die Notunterkünfte werden möglichst zügig geschlossen und die Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Insbesondere Turnhallen sind nicht für die Unterbringung von Geflüchteten geeignet. Wir setzen uns daher dafür ein, dass im Dialog mit den Bezirken und der Zivilgesellschaft ein gemeinsamer Fahrplan für die Schließung der Turnhallen erstellt wird, damit diese bald wieder dem (Schul-) Sport zur Verfügung stehen.	Ablehnung (K)
159.	KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 82 Zeile 24 <i>Füge ein:</i> Bei der Auswahl der Betreiber für neue Unterkünfte werden wir auf die Erfahrung der vergangenen Monate zurückgreifen. Um eine menschenwürdige Unterbringung mit angemessenen Qualitätsstandards sicherzustellen, werden wir die Qualitätskontrolle in den Unterkünften für Geflüchtete personell verstärken. Dafür werden wir ein Meldesystem für Mängel und Missstände für die Unterkünfte einführen, um BewohnerInnen, HelferInnen und anderen Beteiligten die Möglichkeit zu geben, auf Probleme hinzuweisen. Die Nachverfolgung und Behebung der Mängelanzeigen sollte öffentlich einsehbar sein.	Annahme in geänderter Fassung: Bei der Auswahl der Betreiber für neue Unterkünfte werden wir auf die Erfahrung der vergangenen Monate zurückgreifen. Um eine menschenwürdige Unterbringung mit angemessenen Qualitätsstandards sicherzustellen, werden wir die Qualitätskontrolle in den Unterkünften für Geflüchtete personell verstärken. (K)
160.	Jusos Seite 82, Zeile 12 <i>Füge ein nach „gesonderte Unterkünfte“:</i> (dezentrale Wohnungen und Wohngemeinschaften und keine Sammelunterkünfte)	<i>erledigt durch Masterplan Integration</i> (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
161.	Jusos Seite 82 Zeile 13 <i>Füge ein:</i> Zudem muss das LaGeSo, Träger der Flüchtlingsunterkünfte sowie Organisation der humanitären Hilfe dahin geschult, weitergebildet und sensibilisiert werden, dass sich die Geflüchteten mit besonderen Schutzbedürftigkeit an sie wenden können und dadurch unmittelbar Kontakt zu speziellen Beratungsstellen aufbauen können.	erledigt durch Masterplan Integration (K)
162.	QueerSozis Seite 82, Zeile 12 <i>Füge ein nach „gesonderte Unterkünfte“:</i> (dezentrale Wohnungen und Wohngemeinschaften und keine Sammelunterkünfte)	erledigt durch Masterplan Integration (K)
163.	QueerSozis Seite 82, Zeile 13 <i>Füge ein:</i> Zudem muss das LaGeSo, Träger der Flüchtlingsunterkünfte sowie Organisation der humanitären Hilfe dahin geschult, weitergebildet und sensibilisiert werden, dass sich die Geflüchteten mit besonderen Schutzbedürftigkeit an sie wenden können und dadurch unmittelbar Kontakt zu speziellen Beratungsstellen aufbauen können.	erledigt durch Masterplan Integration (K)
164.	AG Selbst Aktiv Seite 82, Zeile 13 <i>Füge ein:</i> Der besonderen Situation von Flüchtlingen und Asylsuchende mit Behinderungen werden wir hinsichtlich ihrer medizinischen Versorgung, insbesondere hinsichtlich der Ausstattung mit Hilfsmitteln, besser Rechnung tragen.	Erledigt (K) Auf Seite 82, Zeile 12-13 steht bereits: Zugangshürden zu Gesundheitsangeboten für geflüchtete Menschen bauen wir ab.

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
165.	Jusos Seite 83, Zeile 5 <i>Streiche:</i> unserem Wertesystem <i>Streichung bezieht sich auf den Satz:</i> <i>Wir fordern den uneingeschränkten Respekt vor unserem Wertesystem, unserer Verfassung und der Würde jedes Menschen ein.</i>	Ablehnung (D)
166.	Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 83, Zeile 10: <i>Streiche:</i> Pro zehntausend neue Einwohner werden wir mehr als einhundert neue Stellen im Polizeivollzug schaffen. <i>Füge stattdessen ein:</i> Deshalb werden wir jedes Jahr mindestens 100 neue Stellen im Polizeivollzug schaffen.	Annahme (K)
167.	KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 83, Zeile 14 <i>Füge ein:</i> An bestehenden kriminalitätsbelasteten Orten wollen wir feste Wachen und regelmäßige Streifen einrichten, die die Präsenz und die Ansprechbarkeit der Polizei erhöhen.	Erledigt (K) <i>Forderung Einrichtung von Kombiwachen Seite 84, Zeile 3</i>
168.	Abteilung 12/3 (Reinickendorf/Frohnau) Seite 83, Zeile 15: <i>Füge ein:</i> Deshalb müssen Polizistinnen und Polizisten auch von unnötigen Verwaltungsarbeiten entlastet werden.	Ablehnung (K)
169.	Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 83, Zeile 24 <i>Füge ein:</i> Gerade für Polizei und Feuerwehr wollen wir verlässliche Arbeitszeiten, mehr Mitwirkung und Transparenz und eine individuellere Arbeitszeitgestaltung.	Annahme (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
170.	<p>ASF Seite 84 <i>Streiche:</i> Zeile 22 bis 28 (Passage zur häuslichen Gewalt)</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Menschen brauchen Sicherheit auch jenseits des öffentlichen Raums, das heißt im häuslichen Umfeld und in der Familie. Häusliche Gewalt ist keine Privatangelegenheit, sondern ein Verstoß gegen das Recht eines jeden Menschen auf körperliche Unversehrtheit. Ganz überwiegend werden Frauen und Kinder Opfer von männlicher Gewalt. Auch Männer sind betroffen, jedoch nicht in demselben Ausmaß. Unser Ziel ist, die Situation von Gewaltbetroffenen nachhaltig zu verbessern und Strategien zu entwickeln, um den Gewaltkreislauf wirksam zu durchbrechen. Einerseits sollen Gewaltbetroffene in der Wahrnehmung und Durchsetzung ihrer Rechte unter anderem durch gezielte Aufklärungsmaßnahmen gestärkt und das Hilfs- und Unterstützungsangebot weiter ausgebaut werden. Andererseits sollen bessere Möglichkeiten geschaffen werden, um Täter – ggf. mit justiziellem Druck – stärker in die Verantwortung zu nehmen. Die Weiterentwicklung von Konzepten zur praktischen Umsetzung von Täterarbeit als wesentlicher Beitrag zur Gewaltprävention wird hierbei eine ganz wesentliche Rolle spielen.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: Unser Ziel ist, die Situation von Gewaltbetroffenen nachhaltig zu verbessern und Strategien zu entwickeln, um den Gewaltkreislauf wirksam zu durchbrechen. (D)</p>
171.	<p>Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 84, Zeile 24 <i>Füge ein:</i> Auch die Beratungsangebote für die Opfer von Gewalt und für die in der Prostitution tätigen wollen wir fortsetzen und eine sichere Finanzierung garantieren.</p>	<p>Annahme (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
172.	Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 85, Zeile 6 <i>Füge ein:</i> Wir unterstützen die Initiative des Bundesjustizministeriums zur Vereinfachung der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung, um der Organisierten Kriminalität kriminelle Gewinne zu entziehen.	Annahme (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
173.	<p>AsJ/FA III</p> <p>Seite 85, Zeile 13-23 (Passage zum Extremismus)</p> <p><i>Streiche:</i> <i>Zeile 13 bis 23</i></p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Politisch oder religiös motivierte Gewalt jeder Art werden wir entschlossen mit der ganzen Härte des Rechtsstaats bekämpfen. Wir werden den unbedingten Respekt vor den Grundlagen unserer Verfassung zum Schutz der Menschen, die friedlich in dieser Stadt leben wollen, kompromisslos einfordern und durchsetzen. Programme zur Deradikalisierung werden wir verstetigen - auch und gerade in den Haftanstalten – und Präventionsmaßnahmen ausbauen, damit Sympathisanten und Sympathisantinnen nicht zu Tätern und Täterinnen werden. Wir wollen die Zivilgesellschaft stärken und für Tendenzen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sensibilisieren. Ein demokratisch kontrollierter und handlungsfähiger Verfassungsschutz muss unsere Demokratie als Frühwarnsystem vor allen Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder bewahren und insbesondere vor islamistischem und rechtem Terror schützen. Wir werden die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages umsetzen, um wirksame Kontrollmechanismen zu schaffen, die Fehlentwicklungen bei den Verfassungsschutzbehörden aufklären und vorbeugen.</p>	<p>Annahme (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
174.	<p>KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 85, Zeile 13 bis 23 <i>Streiche:</i> Zeile 20-29 (Passage zum Extremismus) <i>Füge stattdessen ein:</i> Gewalt - egal, wie diese motiviert ist - werden wir entschlossen mit der ganzen Härte des Rechtsstaats bekämpfen. Wir werden den unbedingten Respekt vor den Grundlagen unserer Verfassung zum Schutz der Menschen, die friedlich in dieser Stadt leben wollen, kompromisslos einfordern und durchsetzen. Programme zur Deradikalisierung werden wir verstetigen - auch und gerade in den Haftanstalten – und Präventionsmaßnahmen ausbauen, damit Sympathisanten und Sympathisantinnen nicht zu Tätern und Täterinnen werden. Wir wollen die Zivilgesellschaft stärken und für Tendenzen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sensibilisieren. Ein demokratisch kontrollierter und handlungsfähiger Verfassungsschutz muss unsere Demokratie als Frühwarnsystem vor islamistischem und rechtem Terror schützen. Wir werden die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages umsetzen, um wirksame Kontrollmechanismen zu schaffen, die Fehlentwicklungen bei den Verfassungsschutzbehörden aufklären und vorbeugen.</p>	<p><i>erledigt durch Annahme von Nr. 173</i> (K)</p>
175.	<p>Jusos Seite 85, Zeile 21 <i>Füge ein:</i> Wir werden das Versammlungsrecht um ein Versammlungs-Ermöglichungs-Gesetz ergänzen, das den Zugang und die Teilnahme an Versammlungen gewährleistet, schützt und garantiert. So werden wir das Versammlungsrecht als demokratisches Freiheitsrecht stärken.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
176.	Jusos Seite 85, Zeile 21 <i>Füge ein:</i> Auf Übersichtsaufnahmen wird zukünftig verzichtet.	Annahme bei Neufassung des Satzes auf Seite 85, Zeile 27: <i>Daher setzen wir uns für eine restriktive Handhabung beim Abfilmen von Versammlungen, zum Beispiel bei Übersichtsaufnahmen, ein.</i> (K)
177.	Jusos Seite 85, Zeile 31 <i>Ersetze:</i> radikale Islamisten <i>durch:</i> Menschen	<i>erledigt durch Annahme des Antrages Nr. 178</i> (K)
178.	KDV Mitte Seite 86, Zeile 6-7 <i>Streiche:</i> oder dass radikale Islamisten Konformitätsdruck erzeugen und queere oder jüdische Berlinerinnen und Berliner bedrohen und misshandeln. <i>Füge stattdessen ein:</i> Genauso werden wir nicht dulden, dass queere oder jüdische Berlinerinnen und Berliner bedroht oder angegriffen werden. Wir bekämpfen jede Form gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit, von wem auch immer sie ausgeht.	Annahme (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
179.	<p>Abteilung 14 Bötzowviertel Seite 87 <i>Streiche:</i> Zeile 14-15</p> <p><i>Bis 2018 wird der Personalbestand daher auf mehr als 110.000 Vollzeitstellen angehoben.</i></p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Der Personalbestand an Vollzeitstellen wird daher erhöht. Der Stellenzuwachs orientiert sich hierbei an den bereits bestehenden Stellendefiziten zuzüglich des hinzutretenden Bedarfs durch die wachsende Stadt. Gesondertes Augenmerk wird hierbei auf einen erforderlichen Stellenzuwachs dort gerichtet, wo dieser entsteht, orientiert an den differenzierten Bedarfen für eine effiziente Aufgabenerfüllung in den einzelnen Verwaltungsbereichen.</p>	<p>Ablehnung</p> <p>(K)</p>
180.	<p>Abteilung 03/ 12 Prenzlauer Berg/ Helmholtzplatz Abteilung Wilmersdorf-Südost 04/91 Seite 87, Zeile 17</p> <p>Füge ein: Ein bewährtes Instrument der Personalentwicklung ist das Wissensmanagement im Zuge des vermehrten altersbedingten Ausscheidens aus der Berliner Verwaltung. Maßnahmen des Wissenstransfers sind auch im laufenden Doppelhaushalt berücksichtigt. Wir wollen, dass in allen Senatsverwaltungen entsprechende Stellen bereitgehalten werden, die durch geschulte bzw. noch zu schulenden Wissensmanagerinnen und Wissensmanagern und Dialogbegleiterinnen und -begleitern besetzt werden, die die Wissenstransferprozesse bei Ausscheidenden wie Nachfolgenden begleiten und unterstützen. Ziel muss ein flächendeckender strukturierter Wissenstransfer sein.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: Ziel muss ein flächendeckender strukturierter Wissenstransfer sein.</p> <p>(K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
181.	<p>Abteilung 03/ 12 Prenzlauer Berg/ Helmholtzplatz Abteilung Wilmersdorf-Südost 04/91 Seite 87 Zeile 19 <i>Füge ein:</i> Personalneueinstellungen müssen aufgabenkritisch erfolgen. Mehrbedarfe stehen im begründeten und nachvollziehbaren Zusammenhang mit den Anforderungen an die wachsende Stadt bzw. der Pensionierungswelle. Aufgabenkritik bedeutet, dass nicht nur einfach Personal aufgestockt wird, sondern dass auch bestehende Aufgaben und der Einsatz von Personal in dem Zusammenhang hinterfragt werden müssen.</p>	<p><i>erledigt</i> <i>auf Seite 87 steht bereits:</i> Wir werden eine weitere Einstellungsoffensive für alle Bereiche der Verwaltung starten – aus der Abbau- muss eine Aufbauverwaltung werden. Ein wirksames Personalentwicklungskonzept, mehr Angebote zur Fortbildung sowie eine weitere Verstärkung der Ausbildungskapazitäten sind für uns wie eine wettbewerbsfähige Bezahlung der Beschäftigten der Berliner Verwaltung zentrale Bestandteile einer Personalstrategie.</p> <p>(K)</p>
182.	<p>Abteilung 03/ 12 Prenzlauer Berg/ Helmholtzplatz Abteilung Wilmersdorf-Südost 04/91 Seite 87, Zeile 22</p> <p><i>Füge ein:</i> Wir wollen dafür sorgen, dass das Land Berlin und die Bezirke auch wieder verstärkt selbst Nachwuchs ausbilden. Dafür sollen insbesondere Duale Studiengänge ausgebaut werden: Unter anderem wollen wir einen Dualen Studiengang für den Bereich allgemeine Verwaltung für die Leistungsbereiche der Bezirke sowie einen Dualen Studiengang für IT-Fachkräfte einführen.</p>	<p><i>Ergänzung zur Passage auf Seite 61:</i> <i>Dafür sollen auch Duale Studiengänge zum Beispiel für IT-Kräfte ausgebaut werden.</i></p> <p>(K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
183.	<p>Kreis 06, Steglitz-Zehlendorf Abteilung 04, Lichterfelde Ost und Süd Seite 88, Zeile 5-7 <i>Streiche:</i> Zeile 5-7 Deshalb wollen wir auf freiwilliger Basis die Möglichkeiten erweitern, auch über eine starre Pensionsgrenze hinaus weiter zu arbeiten. Wir und wollen die Möglichkeiten der Flexibilisierung des Laufbahnrechts intensiv nutzen, um so im Wettbewerb mit anderen Bundesländern und dem Bund bestehen zu können. Personalpolitik findet für uns selbstverständlich im engen Dialog mit den Personalvertretungen und den Gewerkschaften statt.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>
184.	<p>Abteilung 12/3 (Reinickendorf/Frohnau) Seite 88, Zeile 8 <i>Füge ein nach „nutzen“:</i> und die Landesbesoldungsordnungen in Anlehnung an die anderen Länder überarbeiten.</p>	<p>Neufassung Steuerungsgruppe Wahlprogramm auf Seite 21, Zeile 30: Die Konkurrenzfähigkeit des Berliner öffentlichen Dienstes ist von besonderer Bedeutung, um zu verhindern, dass hochqualifiziertes Personal abgeworben wird. Wir werden deshalb schrittweise die Beamtenbesoldung an das Durchschnittsniveau der Länder anpassen. (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
185.	<p>Abteilung 03/ 12 Prenzlauer Berg/ Helmholtzplatz Abteilung Wilmersdorf-Südost 04/91 Seite 88, Zeile 9 <i>Füge ein:</i> Dazu gehört auch, Laufbahnen wieder stärker zu öffnen - daher wollen wir die Ausbildung der Beamtinnen und Beamten neu ordnen. Wir wollen die Ausbildung für das 1. Einstiegsamt der Laufbahngruppe 1 (ehemals mittlerer Dienst) und für das 1. Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 (ehemals gehobener Dienst) wieder einführen. Überdies wollen wir die Möglichkeit - wie in anderen Bundesländern - schaffen, die Probezeit bei Bedarf zu verkürzen. Die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen sollen entsprechend angepasst werden.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>
186.	<p>KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 88, Zeile 18 <i>Füge ein:</i> Gemeinsam mit den Bezirken wollen wir in den Bürgerämtern die Bedingungen schaffen, damit jeder Einwohner Berlins einen garantierten Termin am Bürgeramt seines Bezirks innerhalb von zwei Wochen bekommen muss.</p>	<p><i>erledigt (K)</i> <i>Auf Seite 88, Zeile 15 steht bereits:</i> Eine gut funktionierende Verwaltung heißt für uns vor allem Bürgernähe. Die Bürgerämter nehmen dabei eine herausragende Position ein. Dazu ist es erforderlich, die Bürgerämter personell, sachlich und strukturell so auszustatten, dass lange Wartezeiten der Vergangenheit angehören.</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
187.	<p>Abteilung 03/ 12 Prenzlauer Berg/ Helmholtzplatz Abteilung Wilmersdorf-Südost 04/91 Seite 88, Zeile 13 <i>Füge ein:</i> Wir wollen die Arbeit im Öffentlichen Dienst in Berlin attraktiver und moderner machen. Dazu gehören insbesondere die gerechte Verteilung von Arbeitszeit sowie deren Flexibilisierung im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Verstärkt wollen wir dabei auf gleitende Arbeitszeiten, Teilzeitausbildung, Arbeitszeitguthaben oder Möglichkeiten für Unterbrechungen der Arbeit z.B. in Form von Sabbaticals setzen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll es stärker als bisher ermöglicht werden, von Hause zu arbeiten ("Telearbeit", "Home-Office"). Ziel soll es unter anderem sein, dass gerade bei denjenigen, die in der Familiengründungsphase sind oder sich um Angehörige kümmern, mehr vollzeitnahe Teilzeit etabliert wird. Insbesondere soll dabei auf eine gerechte Verteilung der Arbeitszeiten zwischen den Geschlechtern geachtet werden, um gleiche Karrierechancen zu garantieren.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
188.	<p>Abteilung 03/ 12 Prenzlauer Berg/ Helmholtzplatz Abteilung Wilmersdorf-Südost 04/91 Seite 88, Zeile 13 <i>Füge ein:</i></p> <p>Zur Personalentwicklung sollen verpflichtend in allen Teilen der Verwaltung eingeführt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Regelmäßige Gespräche zur Ermittlung des individuellen Personalentwicklungsstands - Regelmäßiges verpflichtendes Führungskräftefeedback, ggf. auch durch die jeweiligen MitarbeiterInnen - Systematische Führungskräfteentwicklung und -qualifizierung - Hospitations- und Rotationsangebote - Angebote zur präventiven Gesundheitsförderung und Etablierung eines strukturierten Langzeitkrankenmanagements - Externe und interne Fortbildungsangebote - Strukturiertes, dialogorientiertes und IT-gestütztes Wissensmanagement - Einführung eines online-Beschäftigtenportals als Informations- und Kommunikationsplattform - Angebote zum Erhalt und Verbesserung des Betriebsklimas mit regelmäßiger Evaluation 	<p>Ablehnung</p> <p>(K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
189.	<p>Abteilung 03/ 12 Prenzlauer Berg/ Helmholtzplatz Abteilung Wilmersdorf-Südost 04/91 Seite 88, Zeile 13 <i>Füge ein:</i> Des Weiteren wollen wir nach dem Modell des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) auch für die Berliner Verwaltungen einen Familienservice für die Beschäftigten aufbauen. Dieser soll speziell folgende Services anbieten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kinderbetreuung und Pflegeunterstützung für bedürftige Familienangehörige, z.B. durch das Angebot von Belegplätzen in einer nahegelegenen Kita - Soziale Beratungsangebote z.B. bei finanziellen und familiären Schwierigkeiten oder bei Problemen am Arbeitsplatz - Einrichtung von Eltern-Kind-Zimmern in allen Verwaltungsgebäuden <p>Ziel aller Berliner Verwaltungen wird zukünftig die Zertifizierung im Rahmen des Audit Beruf und Familie als familienfreundlicher Betrieb.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
190.	<p>Abteilung 03/ 12 Prenzlauer Berg/ Helmholtzplatz Abteilung Wilmersdorf-Südost 04/91 Seite 88, Zeile 13</p> <p>Wir wollen Maßnahmen ergreifen, um Besetzungsverfahren zu optimieren und zu beschleunigen. Hierzu gehören u.a.</p> <ul style="list-style-type: none"> - der frühzeitige Verfahrensbeginn bei absehbaren Vakanzen; - die gemeinsame Ausschreibung gleichartiger Aufgabengebiete in einem Verfahren; - dass das E-Recruitmentsystems sowie die elektronische Vorgangsbearbeitung (e-Akte) standardmäßig von allen Verwaltungen genutzt werden; - die frühzeitige und umfassende Einbindung aller zu beteiligenden Gremien und Optimierung der Tagungsrhythmen. <p>Mittelfristig muss ein zentrales Stellenbesetzungsverfahren eingeführt werden.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: Wir wollen Besetzungsverfahren optimieren und beschleunigen.</p> <p>(K)</p>
191.	<p>Abteilung 03/ 12 Prenzlauer Berg/ Helmholtzplatz Abteilung Wilmersdorf-Südost 04/91 Seite 88 <i>Streiche:</i> Zeile 13-14 <i>Der öffentliche Dienst muss sich künftig in direkter Konkurrenz zu privaten Unternehmen</i></p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Der öffentliche Dienst in Berlin muss sich künftig in direkter Konkurrenz zu privaten Unternehmen, den Bundesministerien und zum Land Brandenburg...</p>	<p><i>erledigt (K)</i> <i>auf Seite 88, Zeile 7f. steht bereits:</i> <i>Wir und wollen die Möglichkeiten der Flexibilisierung des Laufbahnrechts intensiv nutzen, um so im Wettbewerb mit anderen Bundesländern und dem Bund bestehen zu können.</i></p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
192.	<p>Abteilung 03/ 12 Prenzlauer Berg/ Helmholtzplatz Abteilung Wilmersdorf-Südost 04/91 Seite 88 Zeile 15 <i>Füge ein:</i> Oft kommt es gegenüber öffentlich Bediensteten, die mit Bürgerinnen und Bürgern im persönlichen Kontakt stehen (etwa Schuldienst, Bürger- und Ordnungsdienste etc.), zu verbalen oder körperlichen Übergriffen (Pöbeleien, auch physische Gewalttätigkeiten). Nicht immer reichen Verhaltens- bzw. Deeskalationstrainings, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor möglichen Übergriffen allumfassend zu schützen. Wir setzen weitere geeignete Maßnahmen ein und prüfen Schutzmechanismen, um maximalen Schutz vor Übergriffen zu bieten. Gleichwohl wollen wir keinen öffentlichen Dienst, der sich gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern hinter Glaswänden verschanzt.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>
193.	<p>Abteilung 03/ 12 Prenzlauer Berg/ Helmholtzplatz Abteilung Wilmersdorf-Südost 04/91 Seite 88 Zeile 20: <i>Füge ein:</i> Wir wollen ein zentrales Karriereportal des Landes Berlin einrichten und die Werbung um neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie um den Nachwuchs in einem Portal bündeln. Dieses Portal muss den Standards moderner Stellensuchportale gerecht werden und alle Stellenangebote aller Behörden zusammenführen. Dies dient auch dazu, dass das Land Berlin sich zukünftig als Arbeitgeber einheitlich präsentiert. Die Werbung um neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie um den Nachwuchs soll in diesem Zuge auch unter einer einheitlichen Dachmarke zusammengeführt werden.</p>	<p><i>erledigt durch tätiges Handeln</i> (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
194.	QueerSozis Seite 90, Zeile 11 <i>Füge ein:</i> Aufgrund von erfahrener Diskriminierung in den unterschiedlichen Formen haben queere Menschen einen höheren Bedarf an Sicherheit. Deshalb fordern wir den Ausbau der LGBTI-Stellen der Berliner Staatsanwaltschaft.	Ablehnung (K)
195.	Forum Netzpolitik Seite 90, Zeile 14 <i>Füge ein:</i> Wir lehnen die Vorratsdatenspeicherung ab. Auch polizeiliche Maßnahmen wie die Funkzellenabfrage oder ein Staatstrojaner müssen auf Verhältnismäßigkeit geprüft und parlamentarisch kontrolliert werden.	Ablehnung (D) <i>Anmerkung:</i> Auf der LV-Sitzung vom 8. Februar ist bereits folgender Änderungsvorschlag des Forums Netzpolitik abgelehnt worden: <i>Eine sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist auch immer eine Sicherheitspolitik, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger wahrt. Wir treten daher für die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger ein. Daher lehnen wir die Vorratsdatenspeicherung klar ab. Auch polizeiliche Maßnahmen wie die Funkzellenabfrage oder ein Staatstrojaner erachten wir als unverhältnismäßig.</i>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
196.	<p>ASF Seite 92, Zeile 5 <i>Füge ein:</i> Für viele Menschen, die nicht nach klassischen Arbeitszeiten von neun bis siebzehn Uhr arbeiten, gestaltet sich die Kinderbetreuung schwierig. Das betrifft vor allem die Berlinerinnen und Berliner, die im Schichtbetrieb arbeiten, aber auch viele Alleinerziehende. Wir setzen uns dafür ein, die Vereinbarkeit von Familie, Job, Haushalt und Freizeit zu verbessern.</p> <p>Eine Möglichkeit die Kinderbetreuung flexibler zu gestalten, sind Kitas, die rund um die Uhr geöffnet haben. Dieses Angebot wollen wir mindestens an einem Standort pro Bezirk bereitstellen.</p>	<p><i>erledigt (D)</i></p> <p>auf Seite 56, Zeile 25 ff. steht dazu: <i>Viele Kitas bieten Früh –und Spätöffnungszeiten an, ebenso können mit dem Angebot der ergänzenden Kindertagespflege arbeitszeitbedingte Betreuungserfordernisse flexibel abgedeckt werden. Aber wir wollen noch mehr: Deshalb werden wir das Modellprojekt „familiennahe Betreuung“ im elterlichen Haushalt außerhalb von Kitaöffnungszeiten bei entsprechendem Bedarf einführen und die Wirtschaft als Partner einbinden.</i></p> <p>Ablehnung (D)</p>
197.	<p>ASF Seite 92, Zeile 11 <i>Füge ein nach „vernetzen“:</i> Bestehende Ungleichheiten der Bezahlung zwischen technischen und sozialen Berufen sollen weiter abgebaut werden. Zur Evaluierung sind die derzeit testweise durchgeführten Entgeltgleichheits-Checkverfahren und andere geeignete Methoden verstärkt einzusetzen.</p>	<p><i>erledigt (D)</i></p> <p>auf Seite 91, ab Zeile 15 steht bereits: Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit muss in der Berliner Verwaltung und bei landeseigenen Unternehmen selbstverständlich sein. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Entgeltgleichheits-Check in den Verwaltungen, landeseigenen Betrieben aber auch der Privatwirtschaft angewandt wird. Liegt eine Lohndiskriminierung vor, müssen Tarife und Stellenbewertungen angepasst werden.</p> <p>Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen bezieht sich auch auf die Privatwirtschaft.</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
198.	<p>Abteilung 12/3 (Reinickendorf/Frohnau) Seite 92 <i>Streiche: Zeile 6 bis 9</i></p> <p><i>Mädchen wählen immer noch Berufe, die schlechter bezahlt werden als jene, die von Jungen gewählt werden. Daher wollen wir verstärkt junge Mädchen und Frauen in Berufen der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) fördern. Berlin ist Partner im Nationalen Pakt für Frauen in MINT Berufen.</i></p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Mädchen und Jungen wählen immer noch Berufe vor dem Hintergrund tradierter gesellschaftlich vermittelter Geschlechterrollen. Daher wollen wir einerseits verstärkt junge Mädchen und Frauen in Berufen der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) und andererseits Jungen und junge Männer in sozialen Berufen fördern. Zukünftig bedarf es weiterhin insbesondere nachhaltiger Fördermaßnahmen (Girls' Day und Boy's Day etc.) die wir stärker vernetzen wollen.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>
199.	<p>ASF Seite 93, Zeile 6 <i>Füge ein:</i> Für uns ist klar, dass es klare Grenzen geben muss, wenn es um die öffentliche Vermarktung von Produkten geht. Diese Grenzen werden besonders dann überschritten, wenn Produkte mittels Geschlechterrollenklichs oder nackter Haut beworben werden. Das Land Berlin wird sich dafür einsetzen, das Verbot sexistischer Werbung auf Bundesebene umzusetzen, indem das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb um einen Paragraphen zur diskriminierenden Werbung erweitert wird.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: Für uns ist klar, dass es klare Grenzen geben muss, wenn es um die öffentliche Vermarktung von Produkten geht. Diese Grenzen werden besonders dann überschritten, wenn Produkte mittels Geschlechterrollenklichs oder nackter Haut beworben werden. (D)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
200.	<p>QueerSozis Seite 94, Zeile 6 <i>Füge ein:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - das Land Berlin im Bundesrat sich dafür einsetzen wird, dass die Diskriminierung von homosexuellen Männern in beiden deutschen Staaten aufgearbeitet wird. Zudem wird das Land Berlin sich dafür einsetzen, dass es eine Aufhebung der Strafurteile gegen schwule Männer § 175 (West) und § 151 (Ost) geben wird und die Gedenkarbeit unterstützt wird sowie die Opfer entschädigt. - mit den Gewerkschaften eine Arbeitsgruppe zum Abbau von möglichen Diskriminierungen (insbesondere prekäre Beschäftigungen) in Tarifverträge eingerichtet wird. - Die Stärkung der Kultur von Wertschätzung für die Beschäftigten - indem die Kultur von Wertschätzung für die Beschäftigten der Berliner Verwaltung sowie der Berliner Unternehmen mit breit angelegten Informations- und Weiterbildungsangeboten gestärkt werden. Wir fordern, dass deshalb entsprechende Betriebs- und Dienstvereinbarungen mit den Betriebs- und Personalräten, Frauen- und Schwerbehindertenvertretungen und Gleichstellungsbeauftragten zu formulieren. 	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Land Berlin im Bundesrat sich dafür einsetzen wird, dass die Diskriminierung von homosexuellen Männern in beiden deutschen Staaten aufgearbeitet wird. Zudem wird das Land Berlin sich dafür einsetzen, dass es eine Aufhebung der Strafurteile gegen schwule Männer § 175 (West) und § 151 (Ost) geben wird und die Gedenkarbeit unterstützt wird sowie die Opfer entschädigt. <p><i>(bei redaktioneller Anpassung)</i></p> <p>(K)</p>
201.	<p>Jusos Seite 94, Zeile 9 <i>Füge ein:</i> Diskriminierung im Stadtbild ist für uns nicht hinnehmbar. Wir verfolgen eine konsequent antirassistische, antidiskriminierende und antikoloniale Neu- und Umbenennungspolitik von Straßen, unter Einbeziehung der Anwohnerinnen und Anwohnern.</p>	<p>Ablehnung (D)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
202.	KDV Mitte <i>(überwiesen von Antragskommission)</i> Seite 94, Zeile 22 <i>Ergänze:</i> Ggf. verpflichtende Anti-Diskriminierungs- und Diversity-Weiterbildungsmaßnahmen für das Personal der öffentlichen Verwaltung, insbesondere das Lehrpersonal an Schulen und Hochschulen.	Ablehnung (K)

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
203.	<p>QueerSozis Seite 94 <i>Streiche:</i> Zeile 26 bis Seite 95 Zeile 6 (Passage Sexuelle Vielfalt wertschätzen)</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i></p> <p>Initiative Sexuelle Vielfalt</p> <p>Die „Initiative Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ (ISV) ist seit 2010 fester Bestandteil sozialdemokratischer Bildungspolitik in Berlin. Ihr Ziel ist es, Homo- und Transphobie zu bekämpfen: in der Schule, bei Behörden, Verbänden sowie der Zivilbevölkerung.</p> <p>Die SPD Berlin fordert die Fortsetzung und Intensivierung der bisherigen Anstrengungen sowie einer fortlaufenden Evaluierung, um Erfordernisse festzustellen und eine Weiterentwicklung voranzutreiben. In den kommenden Jahren liegt der Schwerpunkt auf den Bereichen Bildung und Anti-Diskriminierungsarbeit. Gerade Mehrfachdiskriminierung und die besondere Situation von Trans*personen müssen stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Innerhalb und außerhalb der ISV müssen erfolgreiche queere Projekte gesichert und ausgebaut werden, was auch eine Tarif gebundene Bezahlung der Mitarbeitenden einschließt.</p> <p>Die SPD Berlin regt eine Bündelung der unterschiedlichen Kompetenzen zum Thema Queer im Berliner Senat an. Hierbei sollen die einzelnen Fachreferate in den einzelnen Senatsverwaltungen erhalten bleiben. Die Federführung sollte jedoch durch eine Stabsstelle, die in der Senatskanzlei angesiedelt ist, übernommen werden. Dieser Schritt wird Berlins Stellung als Regenbogen-Hauptstadt Europas ausbauen.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: Die Initiative Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller und sexueller und geschlechtlicher Vielfalt (ISV) ist seit 2010 fester Bestandteil sozialdemokratischer Bildungspolitik in Berlin. Die SPD Berlin wird die ISV fortsetzen und intensivieren vor allem der Bereich Bildung und Mehrfachdiskriminierung unter der besonderen Berücksichtigung der Berücksichtigung der Trans- und Interpersonen. (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
204.	<p>QueerSozis/KDV Mitte Seite 95, Zeile 7 <i>Füge ein:</i></p> <p>Trans* und Intergeschlechtliche Menschen</p> <p>Obwohl die überfälligen großen Reformen für trans* und intergeschlechtliche Menschen bis heute unerfüllte Bringschuld der Bundespolitik sind, wird die SPD Berlin dafür sorgen, dass unser Land in diesem Bereich eine Vorreiterrolle im Bund einnimmt. Der "Initiative Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt" (ISV) fällt die Aufgabe zu, durch Integration von Trans* und Intergeschlechtlichkeit in die Lehrpläne Vorurteile gegen betroffene Mitschüler*innen ab-, und das bestehende Angebot zur Beratung von Betroffenen und deren Angehörigen weiter auszubauen. Gesundheitspersonal, Lehrpersonal sowie Mitarbeiter*innen von Behörden, besonders des Jugendamts und der Polizei, wollen wir für das Thema sensibilisieren. Für uns hat die Sicherstellung des Selbstbestimmungsrechts auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung der sexuellen Identität für Inter* und Trans* einen hohen Stellenwert. Wenn sich trans* bzw. intergeschlechtliche Menschen aus freier Entscheidung eine Geschlechtsangleichung wünschen, darf nicht durch das Fehlen von privaten Finanzmitteln gebremst werden. Die gesetzlichen Krankenkassen müssen alle Kosten einer Geschlechtsangleichung tragen.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: Die SPD Berlin will sicherstellen, dass Berlin auch weiter eine Vorreiterrolle beim Abbau von Diskriminierungen gegenüber trans- und intergeschlechtlichen Menschen einnimmt. Sie setzt sich auf Bundesebene dafür ein, das Recht auf Anerkennung der selbstbestimmten Geschlechtsidentität zu stärken und gesetzlich zu verankern. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sollen für das Thema sensibilisiert werden. (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
205.	<p>Abteilung 03/ 12 Prenzlauer Berg/ Helmholtzplatz Abteilung Wilmersdorf-Südost 04/91 Seite 95 <i>Streiche: Zeile 9 bis 12</i></p> <p><i>In der wachsenden Stadt Berlin ist es wichtig, das Vertrauen zwischen Politik und Stadtgesellschaft fest im Blick zu haben. Deshalb wollen wir als Berliner SPD einen breiten Diskussionsprozess über Ideen und Maßnahmen für mehr Miteinander von Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft anstoßen.</i></p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> In den letzten Jahrzehnten hat die SPD dafür gesorgt, dass die Berliner Bürgerinnen und Bürger bei politischen Entscheidungen vielfältig mitbestimmen können.</p>	<p>Annahme (K)</p>
206.	<p>Abteilung 03/ 12 Prenzlauer Berg/ Helmholtzplatz Abteilung Wilmersdorf-Südost 04/91 Seite 95 Zeile 21 – 28 <i>Streiche:</i> <i>Wir laden alle Berlinerinnen und Berliner, die unsere Grundauffassung teilen, ein, beizutreten und gemeinsam mit uns die Zukunft Berlins zu gestalten.... Teilinteressen einzelnen Gruppen.</i></p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Sie sind aber alleine kein Garant für einen fairen Interessenausgleich. Um das Gemeinwohl zu stärken, brauchen wir vielfältige Möglichkeiten, Menschen an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Auch weit darüber hinaus, nur Ja oder Nein sagen zu können.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
207.	<p>Abteilung 03/ 12 Prenzlauer Berg/ Helmholtzplatz Abteilung Wilmersdorf-Südost 04/91 Seite 96, Zeile 4 <i>Füge ein:</i> Bei längerfristig angelegten Beteiligungsverfahren, wie zum Beispiel dem Bürgerhaushalt, hat sich bewährt, Bürgerinnen und Bürger repräsentativ auszuwählen. Speziell hier muss es darum gehen, einen fairen Interessenausgleich herzustellen. Daher wollen wir überprüfen, auf welche weiteren Beteiligungsverfahren das Prinzip der repräsentativen Auswahl sinnvoll ausgeweitet werden kann.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: Bei längerfristig angelegten Beteiligungsverfahren, wie zum Beispiel dem Bürgerhaushalt, hat sich bewährt, Bürgerinnen und Bürger repräsentativ auszuwählen. Speziell hier muss es darum gehen, einen fairen Interessenausgleich herzustellen. (K)</p>
208.	<p>Abteilung 03/ 12 Prenzlauer Berg/ Helmholtzplatz Abteilung Wilmersdorf-Südost 04/91 Seite 96 Zeile 6-7 <i>Streiche:</i> Zum Beispiel hat die berufstätige Mutter, die sich für gute Kitas einsetzen möchte, kaum eine Chance ihr Anliegen vorzutragen, sofern dies in abendlichen Veranstaltungen diskutiert wird.</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Nicht jede(r) hat die Möglichkeit, regelmäßig abends an Sitzungen teilzunehmen, regelmäßig viel Zeit zu investieren oder sich bestimmten Sitzungszeiten anzupassen.</p>	<p>Annahme der Streichung (K)</p> <p>Ablehnung der Einfügung (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
209.	<p>Abteilung 03/ 12 Prenzlauer Berg/ Helmholtzplatz Abteilung Wilmersdorf-Südost 04/91 Seite 96</p> <p><i>Zeile 15 Füge ein:</i> Bürgerbeteiligung darf nicht ins Leere laufen. Es muss von vorneherein Verbindlichkeit darüber bestehen, wo lokale, wo Bezirks- und wo landesweite Interessen berührt sind und wo entsprechend Beteiligung ansetzen muss. Zur Verbindlichkeit gehört auch, Entscheidungen am Ende eines Prozesses zu akzeptieren. Gerade weil die Interessen oft sehr vielfältig und sich widersprechend sind, braucht Bürgerbeteiligung klare Regeln. Wir wollen daher ein allgemeingültiges Ablaufschema entwickeln, welches transparent, vorhersehbar und verlässlich für alle ist, die sich beteiligen wollen. Die konkreten Beteiligungsmaßnahmen müssen frühzeitig und in mehreren Stufen erfolgen. Es muss allen Beteiligten zu jedem Zeitpunkt eines Verfahrens klar sein, welche Entscheidung wann getroffen wird und in wessen Händen sie liegt. Dabei wollen wir prüfen, inwieweit es möglich ist, diese Form der Beteiligung auch auf herausgehobene öffentliche und private Bauvorhaben auszuweiten.</p>	<p>Ablehnung</p> <p>(K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
210.	<p>Abteilung 03/ 12 Prenzlauer Berg/ Helmholtzplatz Abteilung Wilmersdorf-Südost 04/91 Seite 96 Zeile 19-21</p> <p><i>Streiche:</i> Voraussetzung für mehr Partizipation sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die durch gezielte Schulungen zu professionellen Ansprechpartnern für die Bürger-Beteiligung werden.</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Öffentliche Verwaltungen sind oft erster Ansprechpartner lokalen Engagements. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort sind ein wichtiger Schlüssel zu mehr Beteiligung und mehr Transparenz. Die Vielfalt der Ideen und Interessen der Bürgerinnen und Bürger stehen aber oft im Widerspruch zu professionellen Herangehensweisen, Zuständigkeiten und knappen Ressourcen. Wir wollen daher speziell diejenigen Verwaltungsmitarbeiterinnen und - mitarbeiter stärken, die im direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern stehen. Dazu gehört auch, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Umgang mit den Interessen und Bedürfnissen von Bürgerinnen und Bürgern gut aus- und fortzubilden.</p>	<p>Ablehnung</p> <p>(K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
211.	<p>Abteilung 03/ 12 Prenzlauer Berg/ Helmholtzplatz Abteilung Wilmersdorf-Südost 04/91 Seite 96</p> <p>Zeile 22 <i>Füge ein:</i> Insbesondere die fast 700 Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin vermitteln schon jetzt zwischen interessierten Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung. Sie greifen Anregungen aus der Bevölkerung auf und setzen sich dafür ein, dass Menschen mit ihren Anliegen Gehör finden. Sie sind in ihrem Kiez und in ihrer Nachbarschaft verwurzelt und führen gleichzeitig über die unterschiedlichen Ortsteile hinweg Interessen auch über einen längeren Zeitraum hinweg zusammen. Wir wollen die Bezirksverordnetenversammlungen daher stärken und zu Bezirksparlamenten weiterentwickeln, die auch über den Haushalt und Bebauungsplan hinaus für das Bezirksamt verbindliche Entscheidungen treffen können.</p> <p>Wir wollen die Möglichkeiten, die sich aus der Digitalisierung ergeben, auch für den Dialog zwischen Parlament und Bevölkerung besser nutzbar machen. Über das Petitionsrecht können Bürgerinnen und Bürger das Parlament über Missstände und Veränderungsbedarf informieren und Diskussionen anregen. Wir wollen es nach Vorbild des Deutschen Bundestages ausbauen und modernisieren, um den Zugang für breitere Bevölkerungsschichten zu garantieren. Der Internetauftritt des Abgeordnetenhauses soll insofern weiterentwickelt werden, dass er den heutigen Kommunikationsgewohnheiten im Netz entspricht und bestehende Angebote auch online in Ansprache genommen werden können, z.B. so dass Petitionen von allgemeinem Interesse zukünftig im Netz veröffentlicht, mitgezeichnet und auch diskutiert werden können.</p>	<p>Ablehnung</p> <p>(K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
212.	<p>Kreis 06, Steglitz-Zehlendorf Abteilung 04, Lichterfelde Ost und Süd Seite 97, Zeile 2 <i>Füge ein:</i> Wir stehen zum Technologiemix verschiedener Zugänge zum Internet. Kabel, Kupfer und Glasfaser sowie der Zugang über Mobilfunk stellen Wettbewerb sicher. Damit aber nicht nur die Rendite der Technologien zählt, werden wir auch auf fortschrittliche Technologien im Ausbau drängen. Deshalb hat die Glasfaser beim physischen Anschluss für uns Priorität.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>
213.	<p>KDV Mitte Seite 97 <i>Streiche:</i> Zeile 10 -12 Die Digitalisierung eröffnet neue Wege für einen bürger- und wirtschaftsfreundlichen Staat. Verfügbare wollen wir noch stärker für Private öffnen und transparenter darstellen, damit sie von Unternehmen und Initiativen für innovative Entwicklungen und Services genutzt werden können.</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> Die Digitalisierung eröffnet neue Wege für einen bürger- und wirtschaftsfreundlichen Staat. Nicht personenbezogene Daten von öffentlichen Stellen oder Einrichtungen der öffentlichen Daseinsorge wollen wir noch stärker für Private öffnen und transparenter darstellen, damit sie von Unternehmen und Initiativen für innovative Entwicklungen und Services wie digitalen Fahrplänen oder Informationsportale genutzt werden können. Umweltschäden, Belastungen von Lebensmitteln oder Behinderungen im Verkehr sollen transparent für Bürgerinnen und Bürger werden.</p>	<p>Annahme durch Neufassung des Satzes auf Seite 97: <i>Nicht personenbezogene Daten</i> wollen wir noch stärker für Private öffnen und transparenter darstellen, damit sie von Unternehmen und Initiativen für innovative Entwicklungen und Services genutzt werden können.</p> <p>(K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
214.	<p>Kreis 06, Steglitz-Zehlendorf Abteilung 04, Lichterfelde Ost und Süd Seite 97, Zeile 16 <i>Füge ein:</i> Außerdem will die SPD allen Beteiligten, seien es Kunden oder seien es Anbieter, ein Angebot zur Förderung der Aspekte des Datenschutzes und der Transparenz im Rahmen der Wahrnehmung ihrer Persönlichkeitsrechte machen. Jeder Beteiligte soll für sich entscheiden können, in welchem Umfang er bei der Nutzung von digitalen Angeboten seine privaten Daten preisgibt.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung auf Seite 97, Zeile 15: Jeder Beteiligte soll für sich entscheiden können, in welchem Umfang er bei der Nutzung von digitalen Angeboten seine privaten Daten preisgibt.</p> <p>(K)</p>
215.	<p>Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 97, Zeile 15 <i>Streiche:</i> Ein digitaler Staat muss auch dafür Sorge tragen, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Daten schützen können und sie selbst darüber bestimmen können, was mit ihnen geschieht</p>	<p>Annahme</p> <p>(K)</p>
216.	<p>Kreis 06, Steglitz-Zehlendorf Abteilung 04, Lichterfelde Ost und Süd Seite 97 Zeile 20 <i>Füge ein:</i> Der Arbeitnehmerdatenschutz ist für uns dabei besonders förderungswürdig.</p> <p><i>Änderung bezieht sich auf den Satz:</i> Wir werden die Gesetzgebungsprozesse im Bund und in der EU weiter kritisch und konstruktiv begleiten, auch um das Monopol einzelner Konzerne zu schwächen und Vielfalt und Wettbewerb zu ermöglichen.</p>	<p>Ablehnung</p> <p>(K)</p>
217.	<p>Forum Netzpolitik Seite 97, Zeile 20 <i>Füge ein:</i> Wir wollen die Datenschutzbehörde besser ausstatten, damit Datenschutzverstöße effizienter geahndet werden können.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: Datenschutzverstöße sollen effizienter geahndet werden können.</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
218.	<p>KV Friedrichshain-Kreuzberg Seite 98, Zeile 16 <i>Füge ein:</i> Der freie Zugang zu den Ergebnissen öffentlich finanzierter Forschung (Open Access) ist für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Berlin von überragender Bedeutung. Deshalb werden wir die unter Führung der SPD erarbeitete und im vergangenen Jahr vom Abgeordnetenhaus beschlossene Open-Access-Strategie für Berlin auch weiterhin mit Nachdruck umsetzen und zielgerichtet fortentwickeln. Um die bereits unternommenen Anstrengungen zu bündeln und noch sichtbarer zu machen, werden wir das Amt eines Berliner Open-Access-Beauftragten einführen.</p>	<p><i>erledigt: (K)</i></p> <p><i>auf Seite 66 steht dazu: Digitale Medien müssen an der Hochschule genauso selbstverständlich Anwendung finden wie herkömmliche Lehrmittel. Dazu gehört der Einsatz klassischer E-Learning-Formate ebenso wie die Bereitschaft der Hochschulen, digitale Lehrangebote einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. In diesen Zusammenhang wollen wir den freien Wissensaustausch fördern und unterstützen Open-Access-Publikationen.</i></p>
219.	<p>AG 60plus Seite 100, Zeile 20 <i>Füge ein:</i> Die SPD wird bei der anstehenden Novellierung des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes darauf hinwirken, dass bei den Wahlen zu den bezirklichen Seniorenvertretungen eine bessere Wahlbeteiligung und Mitwirkung der Wahlberechtigten ermöglicht wird.</p>	<p>Annahme (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
220.	<p>AG Selbst Aktiv Seite 101, Zeile 6 <i>Füge ein:</i> Die Versorgung von Menschen mit Behinderungen bedarf besonderer Kenntnisse von Krankheiten und Risiken, einer gezielten Unterstützung bei Behandlung und Pflege, sowie auch spezieller Kommunikationsmöglichkeiten. Wir werden uns deshalb im Land Berlin</p> <p>für eine bessere Aus-, Fort- und Weiterbildung des Personals im Gesundheitswesen einsetzen.</p> <p>Alle landeseigenen Krankenhäuser müssen umfassend barrierefrei gestaltet werden. Dazu gehört nicht nur die Rollstuhlgänglichkeit. Der barrierefreie Umbau von Arztpraxen und des Zugangs zu ihnen ist immer noch eine Kernforderung der SPD. Dazu müssen für den Umbau bestehender Praxen über die Investitionsbank Berlin Anreize geschaffen werden. Wir werden mit der Krankenversicherung darüber verhandeln, die Neuzulassung von Arztpraxen mit der Verpflichtung zu Barrierefreiheit zu verbinden.</p> <p>Wir wollen die bedarfsgerechte und barrierefreie Versorgung von Menschen mit Behinderungen aus einer Hand, wie sie bereits beispielhaft in verschiedenen Berliner Gesundheitszentren und den Medizinischen Zentren für Erwachsene mit geistiger oder mehrfacher Behinderung praktiziert wird, weiter ausbauen.</p> <p>Wir werden uns für mehr barrierefreie und erreichbare Informationen über</p> <p>Gesundheits- und Präventionsleistungen einsetzen, und dabei das Zwei-Sinne-Prinzip und die leichte Sprache berücksichtigen.</p>	<p><i>erledigt (K)</i></p> <p><i>durch Passage zur Gesundheit und Pflege</i></p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
221.	<p>QueerSozis/KDV Mitte Seite 102, Zeile 6: <i>Füge ein:</i> Die SPD setzt sich dafür ein, dass die niederschwelligen Angebote einer Beratung und Testung auf sexuell übertragbare Krankheiten wie HIV/AIDS, Hepatitis C und Syphilis, etc. eine weitere Verstetigung der Mittel und gegebenenfalls Anpassung an die aktuellen Bedarfe der freien Träger und der staatlichen Behörden, wie den bezirklichen Gesundheitsämtern, erfahren. Die bestehenden Netzwerke zu HIV/AIDS und Hepatitis C über den Austausch und die Verbesserung der Behandlung von erkrankten Menschen sollen durch staatliche Unterstützung gestärkt werden. Die Behandlung von Menschen mit diesen Erkrankungen, die in Berlin Asyl beantragt haben, soll verbessert und gestärkt werden. Der Zugang für diese Menschen gerade zu den staatlichen Behörden muss in eine vertrauensvolle Partnerschaft münden.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: Die SPD setzt sich dafür ein, dass die niederschwelligen Angebote einer Beratung und Testung auf sexuell übertragbare Krankheiten wie HIV/AIDS, Hepatitis C und Syphilis etc. der freien Träger und der staatlichen Behörden wie den Bezirken Gesundheitsämtern, fortgeführt und weiterentwickelt werden. (K)</p>
222.	<p>KDV Lichtenberg Seite 102, Zeile 12 <i>Füge ein:</i> Bestandteil des Koalitionsvertrages für die kommende Legislaturperiode ist verbindlich die unverzügliche Einführung des „Anonymen Krankenscheins“. Dies gilt insbesondere für alle Menschen, die ohne Krankenversicherung unter uns leben und denen die aus unterschiedlichsten Gründen keinen Zugang zur medizinischen Versorgung haben. Diese Menschen haben ein Recht auf die medizinische Versorgung unabhängig von Herkunft und Lage.</p>	<p>Ablehnung (K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
223.	<p>KDV Steglitz-Zehlendorf Seite 102, Zeile 17 <i>Füge ein:</i> Unserer Politik liegt ein differenziertes Verbraucherbild zu Grunde. Bedürfnisse, Interessen und Wissen der Verbraucher variieren je nach Markt. Wo Verbraucher sich nicht selbst schützen können oder überfordert sind, muss der Staat Schutz und Vorsorge bieten. Zudem muss er die Verbraucher durch gezielte und umfassende Information, Beratung und Bildung unterstützen. Wir werden die Verbraucherzentrale weiter bei Ihrem Modernisierungsprozess unterstützen. Wir erwarten eine Professionalisierung der Arbeit im Sinne von Sammlung, Kategorisierung und Auswertung der Anfragen und Beschwerden der Verbraucherinnen und Verbraucher. Dies soll sich künftig in einer verstärkten Beratung auch der Politik in Verbraucherfragen niederschlagen. Wir werden die Förderung der Verbraucherzentrale schrittweise weiter entwickeln und insbesondere den „Aufsuchenden Verbraucherschutz“ dabei ausweiten. Wir werden hierbei künftig stärker auf Prävention orientieren. Hierzu muss auch die schulische Verbraucherbildung verstärkt beitragen. Die neuen Lehrpläne der allgemeinbildenden Schulen müssen insbesondere hinsichtlich der Verbraucheraufklärung mit Leben erfüllt werden. Dem Leitfach Wirtschaft, Arbeit und Technik kommt hierbei eine zentrale Rolle zu.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Verbraucherpolitik konzeptionell, strukturell und finanziell weiterentwickelt wird. Konzeptionell streben wir an, die häufig vor allem themenzentrierte Verbraucherpolitik zielgruppenorientiert zu ergänzen.</p> <p>Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Grundsatz „Besser schlichten als richten“ verwirklicht wird. Hierzu werden wir den Online-Schlichter, an den sich Berliner Verbraucherinnen und Verbraucher bei Problemen mit Online-Käufen wenden können, weiter fördern und uns für eine zukunftsfähige Lösung für die gerade eingerichtete Auffangschlichtung für Branchen, in denen noch keine eigene Schlichtung existiert, einsetzen.</p> <p>(K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
	<p>Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Verbraucherpolitik konzeptionell, strukturell und finanziell weiterentwickelt wird. Konzeptionell streben wir an, die häufig vor allem themenzentrierte Verbraucherpolitik zielgruppenorientiert zu ergänzen. Um hierzu die tatsächlichen Bedarfe vor allem verletzlicher Verbraucher (wie z.B. Migranten, Senioren und Kinder) zu ermitteln, setzen wir uns dafür ein, dass die nächsten Gutachten des Sachverständigenrates für Verbraucherfragen zielgruppenorientiert ausgelegt werden.</p> <p>Wir unterstützen auch die Errichtung und den Betrieb einer Datenbank „Verbraucherforschung“, die allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Ergebnisse der öffentlich geförderten Verbraucherforschung zugänglich macht. Durch eine Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen werden wir uns dafür einsetzen, dass künftig ein angemessener Teil von jedenfalls 20 Prozent der jährlich mehrere hundert Millionen Euro betragenden Kartellstrafen zur Finanzierung des Verbraucherschutzes genutzt wird.</p> <p>Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Grundsatz „Besser schlichten als richten“ verwirklicht wird. Hierzu werden wir den Online-Schlichter, an den sich Berliner Verbraucherinnen und Verbraucher bei Problemen mit Online-Käufen wenden können, weiter fördern und uns für eine zukunftsfähige Lösung für die gerade eingerichtete Auffangschlichtung für Branchen, in denen noch keine eigene Schlichtung existiert, einsetzen.</p>	

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
224.	<p>Abteilung 12/3 (Reinickendorf/Frohnau) Seite 103, Zeile 15 <i>Füge ein:</i> Die Digitalisierung der Berliner Verwaltung bietet viele neue Möglichkeiten für alle Menschen. Voraussetzung ist, dass die Dienste auch für alle zugänglich sind. Wir werden deshalb die Barrierefreiheit der Serviceangebote bei der Digitalisierung vorantreiben. Die Mindeststandards der „Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung 2.0“ für die Bundesverwaltung sollen auch für die Verwaltung des Landes Berlin gelten.</p>	<p>Annahme geänderter Fassung: Die Digitalisierung der Berliner Verwaltung bietet viele neue Möglichkeiten für alle Menschen. Voraussetzung ist, dass die Dienste auch für alle zugänglich sind. Wir werden deshalb die Barrierefreiheit der Serviceangebote bei der Digitalisierung vorantreiben.</p> <p>(K)</p>
225.	<p>Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 104 <i>Streiche:</i> Zeile 1 bis Seite 105 Zeile 8 <i>Füge stattdessen ein (Sportkapitel mit redaktionellen Änderungen):</i></p> <p>Sport bewegt und elektrisiert uns. Er leistet wichtige Beiträge zum Gemeinschaftsgefühl, zur Integration und Inklusion und zur Gesundheit. Sportvereine sind Schulen der Demokratie. Wir stehen fest an der Seite der Berlinerinnen und Berliner, die Sport treiben.</p> <p>Rund 620.000 sind in den Berliner Vereinen organisiert, viele organisieren ihren Sport individuell. Wir unterstützen beide Formen. Mit ihren 60.000 ehrenamtlichen Funktionärinnen und Funktionären sind die Vereine ein Rückgrat der Stadtgesellschaft.</p> <p>Wichtigste Basis bleibt die entgeltfreie Überlassung der Sporthallen und Sportflächen des Landes Berlin an die Sportvereine.</p> <p>Die Mittel für die Sanierung und die Errichtung neuer Sportstätten haben wir verdoppelt. Die Berliner Bäder zählen zu unserer wichtigsten Sportinfrastruktur. Wir haben die finanziellen Mittel für die Bäder deutlich erhöht und den Bau von zwei neuen Ganzjahresbädern auf den Weg gebracht.</p>	<p>Annahme</p> <p>(K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
	<p>In der wachsenden Stadt muss auch das alltagstaugliche Angebot an Sport- und Freiflächen mitwachsen, zum Beispiel auch in Form von Sport- und Bewegungsflächen in Parks und Grünflächen.</p> <p>Wachsende Stadt bedeutet auch: Wohnen und Sport treiben rückt enger zusammen. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, die Sportanlagenlärmschutz-verordnung im Sinne des Sports zu modernisieren.</p> <p>Sport leistet einen wichtigen Beitrag für die Inklusion und Integration, auch für die Integration von geflüchteten Menschen. Wir unterstützen den Breiten-, Gesundheits- und Behindertensport und seine Verbände und Vereine. Die Barrierefreiheit von Sportanlagen werden wir weiter verbessern. Inklusion im und durch Sport fördern wir. Den Seniorensport bauen wir weiter aus. Für die Finanzierung des Frauen- und Mädchensports haben wir zusätzliche Mittel bereitgestellt.</p> <p>Die Kooperation von Schulen und Sportvereinen stärken wir weiter, u.a. mit der Förderung von Programmen wie „Profivereine machen Schule“ oder „Berlin hat Talent“. Mit weiteren Erhöhungen beim Vereinsinvestitionsprogramm unterstützen wir Vereine dabei, ihre Sportanlagen in bestmöglichem Zustand zu erhalten und auszubauen.</p> <p>Die finanzielle Basis des Sports wollen wir langfristig stärken. Sport braucht Planungssicherheit neben den Erlösen aus Lottomitteln. Einnahmen aus der City Tax nutzen wir auch für den Berliner Sport.</p> <p>Wir setzen uns für eine verlässliche Finanzierungsgrundlage mit einem langfristigen Vertrag mit dem Landessportbund ein.</p>	

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
	<p>Die Berliner Profi- und Spitzensportvereine sind Anziehungspunkt für die Stadt. Wir setzen uns dafür ein, auch Frauensport im Spitzenbereich zu etablieren. Daneben sind große Sportereignisse wie das DFB-Pokalfinale oder der Berlin Marathon sind ein Image- und Wirtschaftsfaktor für die Stadt.</p> <p>Wir setzen uns weiter dafür ein, solche Ereignisse nach Berlin zu holen und freuen uns, dass dies u.a. mit dem Deutschen Turnfest 2017 oder der Leichtathletik-Europameisterschaft 2018 gelungen ist.</p> <p>Sport lebt auch von Vorbildern. Wir sind stolz darauf, in Berlin den größten Olympiastützpunkt Deutschlands zu beherbergen. Unsere Eliteschulen des Sports gehören zu den Besten des Landes, an unseren Universitäten und Hochschulen sind Spitzensport und Lehre miteinander vereinbar. Das werden wir konsequent weiter fördern, um auf künftig auf die Erfolge unserer Berliner Sportlerinnen und Sportler stolz sein zu können. Erfolge, die in einem konsequent dopingfreien Sport errungen werden.</p>	
226.	<p>Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 104, Zeile 16 <i>Füge ein:</i> Dazu werden wir sicherstellen, dass bei Instandsetzungen, Sanierungen und Neubauten von Turn- und Sporthallen, Schwimmbädern und Sportplätzen die barrierefreie Erreichbarkeit und Nutzbarkeit für Rollstuhlfahrer und Gehbehinderte immer hergestellt wird.</p> <p>Darüber hinaus unterstützen wir den Wunsch des Behindertensports, eine Turn- und Sporthalle so einzurichten, dass nicht nur Barrierefreiheit für Rollstuhlfahrer und Gehbehinderte gegeben ist, sondern auch die optische und akustische Barrierefreiheit für Menschen mit Sehbehinderungen und Hörbehinderungen erprobt werden kann.</p>	<p>Annahme</p> <p>(K)</p>

Nr.	Änderungsantrag	Empfehlung der Antragskommission
227.	Steuerungsgruppe Wahlprogramm Seite 105, Zeile 29 <i>Füge ein:</i> Die Freiwilligendienste stellen für uns einen unverzichtbaren Beitrag zur Förderung des Engagements junger Menschen dar. Freiwilliges soziales Jahr (FsJ) und Freiwilliges ökologisches Jahr (FöJ) sollen weiter ausgebaut und finanziert werden.	Annahme (K)